

Annoncen-
Annahme-Büroareal
In Bösen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz. 16.)
bei C. L. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissand,
in Dresden b. Emil Kuhath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 181.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierfährlich für die Städte Polen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 13. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Unterlate 20 Pf. die jedesgehalbne Zeitung oder deren Raum, Reklamen die Zeitung 50 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die aus folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 1 Uhr Nachmittag angenommen.

1878

Amtliches.

Berlin, 11. März. Der zur Zeit bei der Main-Weser Bahn angestellte R. Eisenbahn-Baumeister Walter Eggert in Cassel ist zum R. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspектор bei der Frankfurt-Bebraer Eisenbahn ernannt, und sind denselben die Funktionen des Vorsteher des betriebstechnischen Büros der R. Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M. übertragen worden.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 11. März. Der Reichstag begann seine heutige Sitzung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Ersparnisse an den von Frankreich für die deutschen Okkupationsstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern, welchen der Kriegsminister v. Kammer erläuterte und empfahl. Dreihundertfünf Millionen erspart, an einer Summe von hundert Millionen ungefähr — das ist eine höchst anerkennenswerthe Leistung, deren Urheber so lange nicht am richtigen Platze steht, als die Leitung der Reichsfinanzen in anderen Händen ruht! Der die obige Summe erspart hat, ist noch dazu kein Finanzmann vom Fach, sondern im Gegentheil ein General, der Feldmarschall v. Manteuffel. Freilich — einen Haken hat die Sache auch, und zwar einen recht seltsamen Haken: Die französische Regierung war nach Beendigung des Krieges zur Vermeldung sonst unausbleiblicher Neihereien gern bereit, die ihr obliegende Verpflichtung, die deutschen Okkupationsstruppen zu verpflegen, mit Geld abzulösen. Der Herr General von Manteuffel hat ein zärtliches Herz für seine Soldaten, und darum bedang er ein hohes Geldabversum, das Frankreich zugestand; er ist aber auch ein strenger, auf Erhaltung der Disziplin bedachter Heerführer, der seinen Truppen kein Capua bereiten will, und darum ließ er die Verpflegung des zu vielen Geldes nicht an seine Soldaten herantreten, sondern beforgte den Verpflegungsbedarf selbst durch Ankäufe der statlichen beaux restes aus den Verpflegungsmagazinen der gesamten Armee. Die Ankäufe, unter Brüdern gemacht, waren entsprechend billig, und daher jene Ersparnisse. Das das organisatorische Geschick des ebenso schlachten- als intendanten-kundigen Feldherrn bei der Anlage der mainzer Konserverfabrik etwas Savarie erlitt, muß man billiger Weise verzeihen. Diese Fabrik ist zwar für die Verpflegung der Okkupationsarmee errichtet worden und jetzt, fünf Jahre nach beendetem Okkupation, noch nicht fertig gestellt — aber sie ist doch vorhanden und bleibendes Denkmal für den, der sie mit einem Aufwande von 4½ Millionen Mark gebaut hat. Die mainzer Konserverfabrik ist ein würdiges Denkmal der Erbswurst, welcher die idealen Bestrebungen des dritten Armees-Corps und seiner Intendanten mit traditioneller Treue zugewendet waren und vielleicht noch sind. Das schnellvergessene Volk freilich denkt nicht mehr der Popularität, welche die Erbswurst einst genoss, sondern nur noch der Kritik davor, welche die Erbswurst genossen. Uebrigens werden in dem mainzer Erbswurstdenkmal jetzt Konsernen zubereitet, die beinahe so wohltemperiert wie theuer sind, und das will viel sagen. Nun aber zurück zu der „Ersparnis“. Frankreichs Verpflichtung, die deutschen Okkupationsstruppen zu verpflegen, basirte darauf, daß für Deutschland aus der Wahrheit seines Faustpandes — d. i. eben der Okkupation französischer Landesheile — keine Kosten erwachsen dürften, diese Kosten vielmehr von dem Schuldner, Frankreich, getragen werden müssten. Es waren rund 50,000 Mann deutscher Truppen wohl drittthalb Jahre in Frankreich. Diese 50,000 Mann durften den deutschen Etat hiernach nicht belasten. In Wahrheit aber figurirten diese 50,000 Mann auf dem deutschen Etat nach und nach mit zusammen ca. 60 Millionen Mark; die „Ersparnis“ von 33 Millionen hat also eine recht seltsame Seite, und jedenfalls ist es noch fraglich, ob es gut wäre, den Feldmarschall von Manteuffel zum Nachfolger des Finanzministers Camphausen zu machen. Die „ersparten“ 33 Millionen, die übrigens durch außergewöhnliche Ausgaben bereits auf 27 Millionen reduziert worden sind, sollen zu militärischen Zwecken verwendet werden, als da sind Offizierspeisenanstalten, Unterstützungs-fonds für Offiziere, Offizier-Aspiranten und Unteroffiziere, Kapitalfonds für Errichtung von Freistellen im Kadettencorps und zum Zwecke der Erziehung von Kindern der Unteroffiziere. Die Art, wie die Millionen „erspart“ werden, läßt es nicht eben räthlich erscheinen, diese Millionen für Luxusausgaben zu verwenden; sind aber die ermäßchten Ausgaben nichtig, so finden sie mit verhältnismäßiger Leichtigkeit im Etat eine Stelle. Der Abg. Richter-Hagen führte das mit großer Sachkunde aus, und Feldmarschall Moltke wußte im Wesentlichen nichts anderes entgegenzuhalten, als: „Die Armee hat zu den Milliarden auch diese Millionen verdient, der Armee gebühren also wenigstens diese Millionen.“ Das ist unzweifelhaft richtig, nur muß man es auch richtig verstehen: die Armee ist bei uns das Volk in Waffen, und darum kommt der Armee zu Gute, was man dem steuerzahllenden Volle erspart! Vor allen Dingen ist die Zeit in keiner Weise dazu angehahen, Kapital ausgaben gerathen erscheinen zu lassen. Alle die Zwecke, die mit den Zinsen der „ersparten“ Millionen erreicht werden sollen, lassen sich ebenso gut erreichen, wenn diese Zinsen alljährlich im Etat bewilligt werden, das Kapital aber verwendet wird, in jeglicher schwerer Zeit die Steuerlast zu erleichtern. Aber freilich: die Budgetbewilligung des Reichstages würde dann nicht geschmäleret — und weiter hat ja der Gesetzentwurf, der heute in die Budgetkommission zur Beratung verwiesen wurde, keinen Zweck!

(Über die Beratung der anderen Gegenstände vgl. die folgende Correspondenz.)

Berlin, 11. März. Die Stellvertretungsvorlage ist nun im sicherem Hafen geborgen. Mit 171 gegen 101 Stimmen ist das Gesetz in der heutigen Reichstagssitzung unverändert in der Fassung des Bundesrat geangenommen worden. Die Debatte war ohne großen Belang. Neues war schlechterdings nicht mehr zu sagen, es sei denn, daß der Abg. Windhorst in ihr, und zwar in der Bestimmung, daß die Stellvertretung vom Kaiser „auf Antrag des Reichskanzlers“ angeordnet wird, einen Angriff auf das monarchische Prinzip entdeckte und alle, welche gegen den Antrag des Zentrums auf Streichung der angeführten Worte gestimmt, als Mischadlige an diesem Angriff bezeichnete. Er wurde mit diesem Fechtstückchen von den Abg. Lasker und Hänel gründlich abgewiesen, wie ihn anderseits auch der Abg. Dernburg in seiner widersprüchsvollen und lediglich agitatorischen Behandlung der Sache treffend charakterisierte. Im Uebrigen verfolgten die einzelnen Redner in der heutigen Verhandlung, an welcher der Bundesrathstisch sich gar nicht beteiligt hat, lediglich den Zweck, die Abstimmung ihrer respektiven Parteien zu motivieren. Der Abg. Lasker betonte dabei nochmals scharf und klar, wie die nationalliberale Partei das Gesetz, trotz aller gerüngten Mängel, als den größten Fortschritt seit Errichtung der Reichsverfassung betrachtet. Auch der Abg. Hänel erkannte diesen Fortschritt an, gelangte jedoch mit einer nicht grade überzeugenden Logik zu einem negativen Votum. Für das Gesetz stimmten schließlich die Nationalliberalen, die konservativen Parteien, die Gruppe Löwe und die elßäffischen Autonomisten, gegen dasselbe die Ultramontanen die Fortschrittspartei und die Sozialdemokraten. Hierauf wurde der Schulze-Delitzsche Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in zweiter Lesung in der von der Spezialkommission empfohlenen Form angenommen. Dann fanden einige Rechnungssachen schnelle Erledigung. Eine längere Debatte erhob sich erst wieder über die Tagesordnung. Morgen und Mittwoch hält der Reichstag noch Sitzungen, um sich dann bis zum 19. d. M. zu vertragen. Den Präsidenten von Forckenbeck bestimmt zu diesen Dispositionen nicht allein die Rücksicht auf die Budgetberatung, welche, wenn sie vor dem 1. April erledigt werden soll, nicht weiter verzögert werden darf, sondern auch der Umstand, daß die jetzt beim Reichstag eingegangenen Gesetzentwürfe über das gerichtliche Kostenwesen möglichst rasch zur ersten Lesung gelangen müssen, wenn man nicht will, daß die ganze Session um ihre Willen eine im Uebrigen unnötige Verlängerung erfährt. In den Abgeordnetenkreisen scheint freilich vielfach eine längere Pause gewünscht zu werden, theils, um dem preußischen Abgeordnetenhaus vollständig freie Bahn zu lassen, theils, um den dem Landtage nicht angehörigen Mitgliedern hinreichende Zeit zu einer Reise in die Heimat zu gewähren. Jedenfalls wird gewünscht werden müssen, daß während der Unterbrechung der Plenarsitzungen des Reichstags die Kommissionen desselben eifrig weiter arbeiten.

England, das den ganzen Friedensvertrag zur Genehmigung der Konferenz unterbreitet und vor dem Zusammentritt derselben ein Programm dafür festgestellt zu sehen wünscht, England versucht dem Zustandekommen dieser Friedensvereinigung Hindernisse in den Weg zu legen. Letztere, meint die „R. Btg.“, werden gerade so groß sein, als sein Widerwillen gegen den Kongress und sein Einlenken gerade so groß, als sein Wunsch für das Zustandekommen. Einstweilen ist Alles wieder in Frage gestellt und hängt der Kongress wieder in der Luft. Denn ein „Programm“ — wer soll England das schaffen? — Sollte der Appell an Deutschland gehen, so bleibt anzunehmen, er ist umsonst. Das „Programm“ liegt eben in den bestehenden Verträgen und in dem zwischen Russland und der Türkei vereinbarten Präliminarfrieden; wo es anders zu finden sein sollte und wo es England sucht, ist noch nicht klar. Formell war England durch die Initiative Österreichs in der Kongressfrage darauf hingewiesen, über etwaige Bedenken sich grade mit Österreich in Verhandlung zu setzen. Nun sieht man aus dem Exposé des Grafen Andrássy an die österreichischen Delegationen, daß der leitende Minister ausdrücklich die Aufstellung eines Programms für den Kongress vertritt, um dessen Beratungen nicht vorzugreifen. Der englische Gedanke dürfte demnach in Wien keinen Anfang gefunden haben, wahrscheinlich würde er auch anderwärts wenig Gegenliebe begegnen.

Am wenigsten wäre Deutschland berufen, seinerseits sich für Programme zu erwärmen in Dingen, die es weniger als die Andern angehen. Wenn Lord Derby nun doch noch zurücktreten sollte, so würde Lord Beaconsfield damit wieder einen Schritt weiter auf seiner bisherigen Bahn machen. Es würde das die Orientfrage entweder dem neuen Kriege, oder aber der Verküpfung zutreiben, die eintreten müßte, wenn der Kongress etwa durch den Widerspruch Englands vereitelt würde und kein Ausgleich zu Stande kommt. Indessen wird wohl noch einige Zeit verrinnen, ehe über den Kongress endgültig entschieden sein wird, und inzwischen mögen sich in England die Dinge noch mehrfach ändern. Da die englische Regierung das Ersuchen Griechenlands, es auf dem Kongresse zu vertreten, angenommen, so ist sie um so mehr verpflichtet, auf dem Kongresse zu erscheinen.

Deutschland.

Berlin, 11. März. Die verschiedenen Mittheilungen, welche über angebliche Veränderungen im Personalbestand des Staatsministeriums verbreitet werden, entbehren sämtlich der Begründung. Es ist in diesem Augenblick von Personalveränderungen überhaupt nicht die Rede, so lange nicht die bekannten

Annoncen-
Annahme-Büroareal
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Ulrich & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Rudolph Mosk.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Jägerdeutsch“.

Vorlagen, das Stellvertretungsgesetz, die Errichtung eines Reichsfinanzamtes und das Tabaksteuergesetz zum Abschluß gelangt sind. (Das Letztere ist bezüglich des Stellvertretungsgesetzes, so viel um Reichstag liegt, inzwischen geschehen. Red. d. Pos. B.) — Der Minister Friedenthal, welcher an einem rheumatischen Leiden, nicht aber, wie einige Blätter gemeldet haben, in Folge eines Falles erkrankt war, befindet sich bereits in der Besserung. — Die Kriegssanitätsordnung vom 19. Januar ist nunmehr im Druck vollendet und bereits zur Vertheilung an die Truppenteile gelangt. — Mit Rücksicht auf den in diesem Jahre erfolgenden Zusammentritt der Provinzialsynoden, welcher in sämlichen Provinzen zwischen Ostern und Pfingsten stattfinden wird, ist die Frage angeregt worden, ob es zweckdienlich sei, die Kreissynoden, welche jährlich zusammentreten, jedes dritte Jahr, wenn die Provinzialsynoden tagen, vor diesem einzuberufen. Da die Kreissynoden außer den Geldverhältnissen vielfach Gegenstände in Beratung zu ziehen haben, welche Material für die Provinzialsynoden bilden, so dürfte die Beantwortung dieser Frage für die meisten Provinzen in bezahendem Sinne aussfallen. Die Namhaftmachung der vom König zu ernennenden Mitglieder der Provinzial-Synoden wird in kürzester Zeit erfolgen. — Im landwirtschaftlichen Ministerium haben seit einiger Zeit Beratungen stattgefunden über die zur Vertilzung des etwa wieder austretenden Colorado-Käfers zu ergreifenden Maßregeln. Auf Grund der Beratungen hat der Minister eine Befurlarverfügung erlassen, in welcher den Regierungen und Landdrosten gewisse Verhaltungsmaßregeln gegeben werden. Das Hauptgewicht wird auf die rechtzeitige Entdeckung im Frühjahr gelegt und deshalb den Behörden aufgegeben, Sorge zu tragen, daß die Besitzer der Kartoffelfelder mit der größten Aufmerksamkeit die Felder vom Auftreten des Kartoffelaubes an beobachten und alle verdächtigen Erscheinungen zur Anzeige bringen. Ist zu vermuten, daß das Insekt vorhanden ist, so soll für solche Gegenenden das Absuchen der Felder durch die Besitzer mittels Polizeiverordnungen unter Strafandrohung vorgeschrieben und dafür nötigenfalls durch Bestellung besonderer Revisoren Sorge getragen werden. Ist das Auftreten des Käfers konstatiert, so ist hieron sowohl den Regierungen als dem landwirtschaftlichen Ministerium telegraphisch Kenntniß zu geben. Über die anzuwendenden Vertilzungsmittel behält sich der Minister vor, in jedem einzelnen Falle Bestimmungen zu treffen.

Berlin, 11. März. Das Gesetz wegen Unterbringung verwohnter Kinder ist zwar noch nicht publizirt, aber im Ministerium des Innern ist man unter Herrn Dr. Friedenthal's energischem Impuls trotzdem schon eifrig mit den Vorbereitungen zur Ausführung beschäftigt. Da es am 1. Oktober ins Leben treten soll und Staats- wie Provinz-Behörden eine ganz neue, ungewohnte Thätigkeit auferlegt, ist allerdings nicht viel Zeit mehr zu verlieren. Eine Hauptsacke für die letzteren, von denen es für den Erfolg am meisten abhängt, wird sein, sich den verhältnismäßigen Werth von Anstalts-Erziehung und Familien-Erziehung zeitig klarzumachen. Einiges Material dafür enthält der Kommissionsbericht des Abgeordnetenhauses. Weiteres bietet eine jüngst in zweiter Auflage erschienene Schrift des Sekretärs der schottischen Armen-Behörde Mr. John Skelton, Pauperism and the Boarding-Out of Pauper Children in Scotland, welche die höchst günstigen Ergebnisse der dort seit etwa einem Vierteljahrhundert ganz spontan entwickelten Unterbringung verwaister und vernachlässigter Kinder in ländlichen Familien schildert. Dreiviertel aller solcher Armenkinder gehen in Familien über, in Anstalten nur das letzte Viertel. Für Waisen stellt sich die Sache freilich etwas einfacher dar, als für Verwahloste, unter denen immer einige sein werden, die für die Aufnahme in Familien schon allzu verderbt sind. Man muß aber nur nicht von dem Vorurtheil ausgehen, als ließen sich wirklich geeignete Familien überhaupt nicht finden. Was der Ausführung des Gesetzes wesentlich zu Statten kommen wird, ist die Abwesenheit aller Partei-Interessen. Wenn seiner Beratung im Plenum auch etwas Kulturmampf anstößt, so war dies doch ein ganz äußerlicher Vorgang, durch die Natur des Ortes und nicht der Sache bedingt, denn in der Kommission haben die klerikalen Mitglieder ebenso willig und wirksam an der Verbesserung und dem Zusammenbringen des Gesetzes geholfen wie Fortschrittsleute, National-liberalen und Konservative.

Berlin, 11. März. Dem Weltpostkongreß, welcher am 1. Mai in Paris zusammentritt, werden als Bevollmächtigte Deutschlands der Generalpostmeister Stephan und der Geh. Regierungsrath Günther beiwohnen. — In einem Theile der Presse sind den auto-matisch inschreitenden Abgeordneten aus Elsass-Lothringen lebhafte Vorwürfe darüber gemacht worden, daß sie sich am Freitag der namlichen Abstimmung über die Stellvertretungsvorlage im Reichstag entzogen hatten, obschon der Reichskanzler unmittelbar vorher sich in einem ihren Wünschen und Hoffnungen sehr entgegenkommenden Sinne geäußert hätte. Irgend welche Absicht, sich der Abstimmung zu entziehen, hat aber, wie wir auf das bestimmteste versichern können, auf Seiten der genannten Abgeordneten nicht bestanden; ihre Abwesenheit erklärt sich lediglich dadurch, daß sie, in Unkenntniß über die bevorstehende namliche Abstimmung grade zu einer Besprechung zusammengetreten waren, während dieselbe stattfand. In der heutigen Sitzung haben sie bei allen Abstimmungen für die Vorlage gestimmt.

Das „Deutsche Mitgli.“theilt über die bereits erwähnte parlamentarische Soirée beim Reichskanzler am Sonnabend noch Folgendes mit:

Von der hohen und inneren Politik wurde wenig gesprochen, deswegen über wirtschaftliche Dinge und Handelsverhältnisse. Die ziem-

lich zahlreich erschienenen Schriftsteller des Reichstags kündigen den Ministern Hofmann und Achenbach mehrere Interpellationen über die Stellung der Reichsregierung zu dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich, sowie über die gesammelte Wirtschaftspolitik der Regierung an. Der Reichskanzler selbst erging sich in philologischen Betrachtungen und führte eine lange Konversation über die Platt-Dialekte in den verschiedenen Sprachen. Fürst Bismarck wiederholte einem Elsässer gegenüber die schon im Reichstage abgegebene Erklärung, daß er mit der dortigen Bevölkerung den Zeitpunkt herbeisehe, an dem es möglich sein werde, den Reichslanden eine eigene Landesvertretung und eine eigene Regierung mit dem Sitz in Straßburg geben zu können. Auf der Soirée wurde von einigen Abgeordneten, die dem Büro des Reichstages angehörten, bemerkt, daß über die Vertagung des Reichstages während der bevorstehenden Sitzungen des preußischen Landtages noch keine Beschlüsse getroffen seien. Allgemein wurde auf der Soirée davon gesprochen, daß dort zum ersten Male einer der protest-Elsässer, der klerikale Abgeordnete Gräf, wunderbarer Weise nicht in Gesellschaftsräume erschienen war.

— Nach der „N. St. Ztg.“ werden Versuche gemacht, den Präsidenten des Oberkirchenrates Herrmann im Amt zu erhalten. Man schreibt dem Blatte unterm 8. d.:

Heute verlautete an unterrichteter Stelle, es würde alles aufgeboten, um den Präsidenten des Oberkirchenrates, Dr. Herrmann, zu bewegen, sein Entlassungsgebot zurückzunehmen. Man will in maßgebenden Kreisen nicht zugeben, daß Gründe vorhanden seien, die den Präsidenten zum Aussteite aus dem preußischen Staatsdienste nötigten. In erster Linie ist wohl der Minister Dr. Falz bemüht, Herrmann dem Oberkirchenrate zu erhalten, und die Mitglieder des Oberkirchenrates, die alsso mit Herrmann gearbeitet, würden dem Minister zu Danke verpflichtet sein, wenn er des Präsidenten Entschließungen zu ändern vermöchte. Es wird angenommen, ein königliches Schreiben an Dr. Herrmann werde die Gründe hervorheben, aus denen der Monarch sich nicht veranlaßt sehen könnte, dem Präsidenten des Oberkirchenrates die erbetene Entlassung zuzugestehen und damit werde dann der Zwischenfall der seit 3 Monaten viel Staub aufgewirbelt habe, definitiv abgeschlossen sein. Wie nun auch immer die Angelegenheit weiter sich entwickeln möge, Thatsache bleibt es, daß die Auffindung eines geeigneten Nachfolgers für Dr. Herrmann viel Kopfschrecken gemacht hätte, und über alle Schwierigkeiten kommt man dadurch ja am besten weg, daß man Herrmann bestimmt, auf seinem Entlassungsgebot nicht weiter zu bestehen. Eine andere Frage ist es, ob der Präsident sich noch einmal bestimmen läßt; sein Rücktritt galt für ausgemacht, weil Dr. Herrmann mit aller Bestimmtheit darauf bestand.

Zugleich dementiert die „Post“ neuerdings aufgelistete Gerüchte über Fraktionen innerhalb des Oberkirchenrates, welche das Entlassungsgebot Herrmanns veranlaßt haben sollen. Sie schreibt:

In den neuerlichen Andeutungen ist u. A. auch zu verstehen gegeben, daß Präsident Herrmann sein Entlassungsgebot aus dem Grunde eingerichtet habe, weil innerhalb des Kollegiums „Fraktionen“ existieren, weil namentlich das Verfahren des evangelischen Oberkirchenrates gegen Extrabogianen auch von der linken Seite her nicht im Sinne seines Präsidenten gewesen wäre und ihm daher der Wunsch nahe gelegt hätte, aus einer Behörde zu scheiden, mit deren kirchenpolitischen Grundsätzen er nicht harmoniere. Dem nur einigermaßen Kandidaten zeigt diese Unterstellung sofort ein falsches Bild der wirklichen Verhältnisse — ein Bild, welches selbst für den Unkundigen zerstört wird, wenn man die offenen liegenden Thatsachen ihm gegenüber stellt. Präsident Herrmann hat alle jene Verflüchtigungen, die in Betracht kommen können, unter seinem Namen ausgehen lassen, also von der ihm zu Gebote stehenden Vertretung durch ein Mitglied des Oberkirchenrates keinen Gebrauch gemacht. Es war aber auch hierfür nicht der geringste Anlaß gegeben; das Kollegium hat im Einverständnis mit seinem Präsidenten alle dienstlichen Anordnungen und Bestimmungen getroffen, um welche sich jene Mythenbildung gewoben hat. Was die wichtigste Entscheidung, den Hohbachschen Fall, anlangt, so hat Präsident Herrmann seinen Urlaub erst nachgesucht, nachdem diese Angelegenheit ihren Abschluß erreicht hatte und die Namensunterschrift des Präsidenten dokumentiert konnte, daß das Kollegium mit seinem Haupt ein Urteil gefällt, für welches der Präsident die Verantwortung trägt.

— Die Frage wegen Wiederaufnahme der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich-Ungarn ist neuerdings zum Gegenstande einer Erörterung in bietigen Blättern geworden. Gerüchtweise verlautete, der Geheime Ober-Regierungsrath Huber, einer der Regierungskommissare für die österreichischen Verhandlungen, habe in der Petitionskommission angedeutet, daß die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Österreich in etwa 14 Tagen abgeschlossen sein könnten. Herr v. Kardorff hatte in der „Post“ dieses Gerücht zum Gegenstande einer publizistischen Interpellation gemacht, und darauf antwortet nun die „National-Ztg.“, sie habe aus sicherer Quelle erfahren, daß der erwähnte Kommissar eine solche Neuerung nicht gemacht hat. Derselbe hat vielmehr nur bemerkt, daß wenn die Ausgleichsverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn in diesem Monat zum Abschluß gelangen, Aussicht vorhanden sei, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn im nächsten Monat wieder aufgenommen werden. Diese Darstellung stimmt mit dem überein, was bereits offiziöserseits vor einigen Tagen über den Stand der fraglichen Verhandlungen gemeldet wurde.

— Zu dem Begräbnis des sozialistischen Agitators Heinsch teilten wir noch mit, daß der ungeheure Leichenzug, der sich um 3 Uhr vom Trauerhaus in der Wrangelstraße aus in Bewegung setzte, erst gegen 6 Uhr Abends auf dem Friedhof den freitreibigen Gemeinde anlangte. Am Grabe, in welches zahllose Kränze hinabgeworfen wurden, sprachen die Abg. Frische und Most. Lesterer bemerkte u. A.: „Heinch fiel im Kampfe für das entehrte Volk, als echter Soldat der Revolution. Wir wollen uns deshalb heute an seinem Grabe die Hände reichen und schwören, daß wir groß sein wollen, wie er in der Liebe für die ewigen Menschenrechte und groß sein wollen, wie er im Hasse gegen alles Verachtenswerthe.“ (Lebhaftes Bravo! Rufe: „Wir schreiben es!“) — Der Abgeordnete Auer legte im Namen und Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, Redakteur Fritscher im Namen der Redaktion und Expedition der „Berliner freien Presse“, Wille im Namen der Redaktion der „Zukunft“, Frau Stägemann im Namen der beteiligten Frauen und Jungfrauen, zahlreiche andere Männer und Frauen im Namen der verschiedenen hier bestehenden sozialistischen Vereine, so wie der Sozialdemokraten aus Ostpreußen und Schlesien Kränze auf das Grab niederr. In der Zwischenzeit stimmten die erzionierten Gefangvereine Trauermäder an. Um 7 Uhr Abends endete die Feier. Die „Kreuz-Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß das Begräbnis zwar programmatisch „ohne jedes kirchliche Beiwerk“ stattfinden sollte, daß aber der Leichenwagen mit Kreuzen geschmückt war und die Trauermusik evangelische Kirchenchoräle gespielt habe. In dem Zuge sei auch geraucht worden.

Italien.

Über den Fall Crispi schreibt die Berliner National-Zeitung: Über die Anklage wegen Bigamie, die in ihren Folgen Herrn Crispi aus einer so hervorragenden Stellung drängte, sowie über die Momente, welche die rechtliche und stiftliche Würdigung seines Verhaltens bedingen, wird man gut thun, sich sein Urteil einzustellen und bis zu vollständiger Information freizuhalten. In seinen Äußerlichkeiten erinnert der Vorfall an die Schicksale des französischen Kollegen des Herrn Crispi, des Herrn Jules Favre, der dem Zivilbeamten im Interesse seiner Kinder unrichtige Nachrichten über deren Familiensstand gegeben hatte und die Folgen dieses Vorganges

politisch nicht überlebte. Auch ist das Motiv, welches Herrn Crispi zu leiten scheint — der Wunsch der Legitimierung eines Kindes —, dasselbe wie bei Herrn Jules Favre. Wir haben keinen Beruf, Herrn Crispi zu verteidigen und seien in den Nachrichten über sein Verhalten noch einige Punkte, die, wenn sie sich bestätigten, uns noch düsterer erscheinen müßten, als die formelle Thatsache einer Doppelheit. Es ist aber sehr bemerkenswert, daß der gefühlvoll menschliche Zug, den die beiden Staatsmänner in ihre Beziehungen brachten, ihnen so schwer gefährlich wurde, während die Welt wahrscheinlich an Verhältnissen, die sie anderweit unterhalten hätten, mit gleichgültigem Achseln vorbeigegangen wäre. Crispi und Favre wären nicht die Eisten, die einer späten Leidenschaft und dem erwachten Familiensinn zum Opfer fielen. Der Fall Crispi ist deshalb um so ungewöhnlicher, als gerade der Umstand, daß die erste Ehe keine bürgerlich gültige war, auch deren bürgerliche Auflösung unmöglich mache und somit nur das moralische Urteil übrig bleibt, für das die Anhaltpunkte gewiß besonders schwer im vorliegenden Falle zu finden sind, da es auf die geruesteten und internen Einzelheiten ankommt. Der Brabschand ist leider in Italien eine allzu viel gebrauchte und wirksame Waffe in der Hand der Parteien und das Ministerium Depretis scheint den Sturz des Herrn Crispi, den aufzuhalten es entweder nicht entschlossen oder nicht fähig war, nicht überleben zu sollen.

Aus Rom wird unter dem 6. d. (also noch vor dem Rücktritt Crispis) geschrieben:

Die Bigamie-Affäre Crispi hat solche Dimensionen angenommen, daß sein Erbe morgen bei Eröffnung der Kammer für unmöglich erachtet wird; ja, man will wissen, daß der König auf seinem Burghaus von der feierlichen Sitzung besteht. Das Publizum ist enttäuscht. Der hochgeachtete und allgemein beliebte Depretis befindet sich in einer erdrückenden Situation. Die Frauen von Ministerium, von den bedeutendsten Deputirten, von einflussreichen Senatoren nehmen für die erste Frau Crispis, die Frau Montmasson, Partei. In den diplomatischen Kreisen bildet diese Skandalgeschichte das Tagessgepräch. Die Königin, welche die Frau Montmasson von Crispi selbst als seine Frau vorgestellt wurde, kennt kein Versehen in einer Angelegenheit, die in die Moral und das Heiligthum der Familie eingreift. Niemand begreift, warum Crispi, wenn er das lösende Wort kennt, es nicht ausspricht, und wenn er geschieht, warum er sich nicht zurückzieht.

Der Sturz Crispis hat das Signal zu der unmittelbar darauf thatächlich erfolgten Ministerkrise gegeben. Die mit 227 von 384 Stimmen erfolgte Wahl Cairoli's des Führers der äußersten Linken, zum Präsidenten der Deputirtenkammer konnte für das Kabinett Depretis keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß es im Parlament auf keine geschlossene Majorität zählen dürfte. Für Cairoli stimmten jedenfalls auch die Mitglieder der Konfederata, welche sich hierbei wohl von der Erwägung leiten ließen, daß der Parteiführer der äußersten Linken in nicht allzuferner Zeit abgewählt geworden wäre. Am 9. berief der König Humbert den neuen Präsidenten der Deputirtenkammer und hatte eine längere Besprechung mit demselben. Andererseits glaubt der „Corriere d'Italia“ zu wissen, der König habe Depretis erklärt, er sei fest entschlossen, die ihm durch das Votum der Kammer vorgezeichnete Richtung zu befolgen, halte es jedoch für seine Pflicht, die Bildung eines Kabinetts der Linken an drei Bedingungen zu knüpfen und zwar, daß die bisherige auswärtige Politik keine Abänderung erleide, daß man das Garantiegesetz nicht anstrebe und daß etwaige politische Reformen die fundamentalen Gesetze des Staates nicht verletzen. Nach der Konstituierung der Bureaus der Deputirtenkammer sollte der bisherige Ministerpräsident der letzteren den Rücktritt des Kabinetts mittheilen. Aus diesen Meldungen geht hervor, daß König Humbert ebenso wie sein Vorgänger in der Regierung gewillt ist, streng konstitutionelle Prinzipien aufrecht zu erhalten. Bis zu diesem Augenblick haben die Unterhandlungen Cairoli's behufs Neubildung des Kabinetts zu einem Endresultat noch nicht geführt. Die wiener „N. Fr. Pr.“ charakterisiert Herrn Cairoli als einen mehr wie halben Republikaner und traut ihm in der Leitung der Verwaltung keine besondere Erfahrung zu; übrigens sei er ein Norditalianer und ein Ehrenmann. Seine Ernennung zum Minister würde nach Meinung des Blattes zwar unter den ergriffenen Diplomaten des Auslandes noch mehr Entsegen erregen, als jene Nicotera's und Crispis, und es glaubt auch, daß er ebensoviel wie seine beiden Vorgänger lange im Amt bleiben wird, aber es fürchtet nicht, daß er so unrühmlich und unbelagt fallen werde, wie sie.

Rom, 4. März. Neben die gestern bei Gelegenheit der Krönung des Papstes seitens der Regierung beobachtete Haltung läßt sich das Organ des Innern also aus:

Heute ist die Reihe an der Krönung des Papstes. Es wurde behauptet, daß der Papst die für die Krönung in der inneren Loge des Vatikans getroffenen Anordnungen kontrolliert habe, in Folge einer im Namen oder von Seiten des Ministeriums des Innern abgegebenen Erklärung, daß es sich nicht störe, noch verbunden glaube, die öffentliche Ordnung zu garantiren und mögliche Demonstrationen zu verbieten, da Leo XIII. seine Erhebung auf den päpstlichen Stuhl der Regierung nicht offiziell angezeigt habe. Alles das ist Erfindung. Das Ministerium bat nie daran gedacht, weder direkt, noch indirekt irgend eine derartige Erklärung abzugeben, und hätte weder Grund dazu vorgelegen, noch wäre Veranlassung dazu gewesen, es zu thun. Der Minister des Innern hatte im Gegentheil vor einigen Tagen angeordnet, daß heute zwei Bataillone Linie auf dem Petersplatz und im Innern der Peterskirche hundert Carabinieri und fünfzig öffentliche Sicherheitswachen postiert werden sollten, wie es hente in der That der Fall war. Der Entschluß, die Zeremonie der Krönung in der Sixtinischen Kapelle abzuhalten, ist ausschließlich Sache des Vatikans, der es für passend hielt, lieber so als andere vorzugeben, ohne daß die Regierung in irgend einer Weise sich in Dinge zu mischen hatte, die sie nichts angehen. Vielleicht wurde auf den Papst eine Pression geübt und ihm eingeschläfert, daß möglicherweise Rubelführungen stattfinden würden, allein derartige Einführungshandlungen haben keinen anderen Werth, als den eines innerhalb des Vatikans in Szene gesetzten Manövers. Die Regierung ist überzeugt, sie ist und bei jeder Gelegenheit die Ordnung und die dem Oberhaupt der katholischen Christenheit innerhalb der Grenze der Gesetze und den gesetzlichen Bestimmungen gemäß schuldige Rücksicht aufrecht zu erhalten und zu schützen.

Großbritannien und Irland.

London, 9. März. „Morning Post“, „Daily Telegraph“, „Daily News“ und „Standard“ billigen die von Derby bezüglich der Theilnahme an der Konferenz gemachten beiden Vorbehalte. Die „Times“ macht einen Unterschied, ob der Gesamtvertrag dem Kongresse zur Genehmigung oder ob bloß die neuen Beziehungen Russlands zur Türkei zu voller Kenntnahme gebracht werden sollen. Die Vorbehalte des britischen Kabinetts erschienen jedenfalls bei letzterer Auffassung von offenbarer Klugheit. Der „Standard“ nimmt an, Lord Derby werde außer diesen erwähnten Vorbehalten auf den Abschluß der Meerengenfrage von den Kongressberathungen bestehen. „Daily Telegraph“ drängt wiederholt darauf, daß Russland vor dem Beginne des Kongresses seine Truppen aus der unmittelbaren Nähe Stambus

und des Bosporus zurückziehen müsse. Der Gesamtton der Presse lautet wenig sanguinisch für den Kongreß.

Parlamentarische Nachrichten.

* In der Wahlprüfungskommission des Reichstages wurde am Sonnabend, wie die „Germ.“ meldet, nach heimliche drei-stufiger Verhandlung die Wahl des Abg. v. Rathusius-Ludom (1. Mindener Wahlkreis) für ungültig erklärt. Gegenstand war bekanntlich General v. Egel.

* Die Erklärung, welche Reichstags-Abgeordneter v. Czarski in der Montags-Sitzung des Reichstags im Namen der polnischen Fraktion zur Motivierung ihrer Stellung zum Stellvertretungsgesetz abgab, lautet in der Rückübersetzung wie folgt:

Hochgeehrte Herren!

Erlauben Sie mir, einige Worte zu sagen, um den Standpunkt, welchen angefangen dieses Entwurfs wir Polen einnehmen, zu begründen. Wir hätten keineswegs, namentlich nicht bei der dritten Lesung dieses Gesetzes, den Reichstag mit unserer Erklärung belästigt, wenn nicht der Umstand vorlänge, daß einige Blätter die Sache so dargestellt haben, als ob wir Polen an den Berathungen der zweiten Lesung teilgenommen hätten, was wir nie zugeben können und dürfen. Diese unrichtige Meldung ist zwar berichtigt worden, aber die Berichtigung ist nicht in alle Blätter und namentlich nicht in die Provinzialblätter geflossen. Zur Begründung unseres Standpunktes füge ich daher hinzu: Wir Polen haben von Anfang an den Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichstellers für eine rein deutsche Organisationsfrage gehalten, in welche uns hineinzumischen wir uns nicht für berufen ansehen. Aus diesem Anlaß haben wir weder an den Berathungen, noch an der Abstimmung teilgenommen, damit man nicht folgern könnte, als wenn wir unser bisherigen Standpunkt aufgegeben hätten. Deshalb werden wir auch an der Schlusstimme über dieses Gesetz nicht teilnehmen.

* Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf betreffend den Feingehalt der Gold- und Silberwaren zugänglich. Danach soll es zwar nach wie vor Federmann freistehen Gold- und Silberwaren von jedem beliebigen Feingehalt herzustellen und zu verkaufen, es soll aber nicht ferner zulässig sein, den Feingehalt derselben anders als in Gemäßigkeit der Vorchriften des vorliegenden Gesetzentwurfs kennlich zu machen. Die Angabe des Feingehalts erfolgt durch Stempelung in vorgeschriebener Form. Das Stempelzeichen soll die Zahl der Tausendtheile und die Firma des Geschäfts, für welches die Stempelung bewirkt wird, enthalten. Nur Silberwaren von mindestens 800 und Goldwaren von mindestens 580 Tausendtheilen Feingehalt dürfen gestempelt, ausländische, mit einer den vorstehenden Vorchriften nicht entsprechenden Stempelung versehene Waaren aber nur dann feilgehalten werden, wenn sie außerdem auch mit dem für das Reich eingeführten Stempel versehen sind. Gestempelte ausländische Waaren, deren Stempelung in Deutschland wegen zu geringen Feingehalts nicht zulässig ist, dürfen also überhaupt nicht feilgehalten werden. Aus der Stempelung erlangt der Käufer gegen den Verkäufer so wie gegen den inländischen Inhaber des Geschäfts, für welches die Stempelung erfolgt ist, einen Anspruch auf Gewährleistung des in dem Stempel ausgedrückten Feingehalts. Wie die Motive ausführen, waren die Bundesregierungen darüber einig, daß eine gesetzliche Regelung für das Reich nicht im Sinne des Legitigmungswanges wie in England, Frankreich und Österreich-Ungarn erfolgen könne. Es liegt durchaus im Interesse unserer Industrie, daß Niemandem verwehrt wird, in jeglicher Metallsmidlung, so wie es dem augenblicklichen Begehr entspricht, zu arbeiten. Je mehr die Fortschritte in der Technik des Vergoldens, Verbillerns und Plättirens, sowie in dem Urfertigen und Ausfüllen hoher Waaren die Darstellung von Gegenständen mit einer mehr oder weniger starken Hülle aus edlem Metall in Aufnahme gebracht haben, um so nachtheiliger muß das Gewerbe durch eine Beschränkung in der Legitigmungswange berührt werden. Ganz besonders empfindlich sind in dieser Beziehung das Kunstgewerbe und der Ausfuhrhandel. Jenes wie dieser verlangen die möglichste Freiheit in der Anwendung des zu den verschiedenen Waaren zu verwendenden Materials. Die maßgebenden Gesichtspunkte sind dabei auf ein zweifaches Ziel gerichtet: zunächst soll das Publizum im Handel und Verkehr mehr als bisher gegen Täuschung gesichert werden; sodann soll die Fabrikation in ihren auf die Vereinfachung der vorstehenden Legitigmungsvoraussetzungen gerichteten Bemühungen durch das Gesetz unterstützt werden. Nach beiden Richtungen hin sucht der Entwurf nicht durch Zwang und Verbote, sondern dadurch zu wirken, daß er Waaren, welche eine in technischer und wirtschaftlicher Rücksicht vortheilhafte Legitigmung enthalten, durch gewisse Begünstigungen auszeichnet; das Publizum soll darauf hingewiesen werden, vorzugswise Waaren eines bestimmten Feingehalts zu verlangen und andererseits das Gewerbe angeregt werden, vorzugswise auf die Fertigung solcher Waare sich zu verlegen. Während damit Fabrikation und Handel in ihrer freien Bewegung nicht beschränkt werden, ist doch den beteiligten Kreisen die Möglichkeit geboten, aus eigener Initiative einfache und solidare Verhältnisse in das Edelmetallgewerbe einzuführen. Die beteiligten gewerblichen Kreise sind in weitestem Umfange über den Entwurf geboren worden, und hat derselbe, wie die Motive verstellen, die bei dem weit überwiegenden Theile derselben Zustimmung gefunden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 12. März.

Wie man dem „Bürger- und Bauernfreund“ in Insterburg aus Memel mittheilt, steht eine Vereisung der Grenze durch deutsche und russische Zoll-Bewilligungen in naher Aussicht, um die Errichtung noch mehrerer Zollübergangsstellen und sonstiger Verkehrserleichterungen zu bewirken und die Wünsche der Grenzbevölkerung entgegenzunehmen. Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so steht das Projekt höchst wahrscheinlich mit dem seinerzeit von uns mitgetheilten Beschuß der deutschen und russischen Kommissare, welche in Petersburg über Grenzerleichterungen verhandeln, die in Privatbesitz befindlichen Brücken an der Grenze im staatlichen Eigentum zu verhandeln, in Zusammenhang.

r. Oberbürgermeister Kohleis ist heute Vormittag nach Berlin gereist, um seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen. Justizrat Bilek reist morgen nach Berlin, um an den Berathungen des Abgeordnetenhauses Theil zu nehmen, und wird deshalb in der morgigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nicht präsidieren.

+ Das Präsidat „Königlich“ kann nach einem Reskripte des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 25 Januar d. J. nur Feldmessen zugesprochen werden, die im königlichen Dienste ange stellt sind. — Geprüfte resp. vereidigte Feldmesser, welche im königlichen Dienste nicht ange stellt sind, haben sich als solche zu zeichnen und zu benennen.

r. Auf den Nemontemarkten in der Provinz Posen wurden i. J. 1877 im Ganzen 2069 Pferde vorgeführt, (davon die meisten, 185, aus dem Kreise Samter; 163 aus dem Kreise Nowowrzaw, 141 aus dem Kreise Birnbaum, 115 aus dem Kreise Schildberg; die wenigen, 22 aus dem Kreise Schrimm; 32 aus dem Kreise Kolmar in P.). Davon wurden angelauft 478 (59 aus dem Kreise Samter, 53 aus dem Kreise Wirsitz). Der Gesamt-Durchschnittspreis betrug 613 M. 66 Pf. der höchste Preis 1100 M. (Wronke), der niedrigste 410 M. (Flechine). Aus dem Kreise Posen wurden 69 Pferde gestellt, von denen 12 angelauft wurden; der höchste Preis betrug 750, der niedrigste 500, Durchschnittspreis 632 M.

Für die ständige Feuerwehr werden gegenwärtig bereits neue Mannschaften zur Verstärkung der ständigen Feuerwache, welche gegen Ausgang vorigen Jahres ins Leben trat, durch den Brandmeister von der Steiger-Abteilung des Rettungsvereins, Herrn Lüdner, welcher zum 1. April d. J. als Brandmeister der städtischen Feuerwehr in Funktion tritt, eingelöst. Unter diesen befinden sich meistens Maurer und Zimmerleute, welche seitens der Stadt anhauernd beschäftigt werden, vorläufig ca. 12 Mann, deren Anzahl aber allmählich verstärkt werden soll, bis schließlich die Feuerwehr die Stärke von 60 Mann erreicht haben wird. Die Übungen werden am Steigerthurm auf dem Kämmererhofe, welcher gegenwärtig, nachdem die Zugänge zu den Interimsbrücke gesperrt sind, zu diesem Zweck wieder verwendbar geworden ist, vorgenommen.

Der Schugmann, welcher, wie im letzten Morgenblatt mitgetheilt, wegen Vergehen im Amt zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden, ist plötzlich wahnstinnig geworden.

Polizeibericht. Gefunden: Eine Hökertasche, entb. ein Portemonee mit Geldinhalt, 1 Spindchlüssel, 1 Herzogl. Sachsen-Meiningen Brämet Anteil-Schein Ser. 03295 Nr. 22. — **Beroren:** Eine Rolle, entb. eine Beidnung und etwa 6 Schriftstücke an die Adresse des Bauführers Helberg St. Martin 30 gerichtet, 1 Kinder-Gummiball, 1 silberne Cylinderuhr, 1 goldener Trauring, 1 schwarzwollenes Kopftuch, garniert mit rothseidener Rüsche und schwarz gemustertem Band. — Entlaufen: 1 schwarzer蒲del mit Maulkorb und rotem Halsband, abzugeben St. Martin 56 bei Fr. Anna Eichhorn, 1 langstieliger brauner Hühnerhund mit Maulkorb und Marke auf den Namen "Caro" hörend; abzugeben auf der königl. Polizei-Direktion, eine schwarz- und weißgefleckte Hühnerhündin; abzugeben bei Betriebskontrolleur Walter der Kreuzburger Eisenbahn. — In polizeilicher Aufbewahrung befindet sich 1 Packballpappel Unterroststoff, welcher wahrscheinlich von einem Dienststalle herübert. — Zu Anfang dieses Jahres wurde in einem hiesigen Hotel einer Dame ein grünwollenes Kleid im Werthe von 48 Mark gestohlen.

Bleschen, 7. März. [Vorschuss-Verein. Bürger-Kasse.] Am hiesigen Orte existieren zwei Vorschuss-Vereine. Von dem jüngeren Vorschuss-Vereine (eingetragene Genossenschaft), dessen Mehrzahl der polnischen Nationalität angehört, ist bereits die Bilanz für das Jahr 1877 veröffentlicht, welche folgendes ergiebt: Es betragen die Aktiva: a) Kasenbestand 146.98 Mk., b) in Anrechnung auf Wechsel zusammen 82.540.98 Mk. und c) Utensilien 450.00 Mk. Im Gamen also: 83.137.96 Mk. Die Passiva betragen: a) der Reservesond 5346.12 Mk., b) die Anteile der Mitglieder 25.844.81 Mk., c) Guthaben bei der Sparkasse 50.83.710 Mk., d) Dividende 1017.93 Mk. und e) Kosten für die Administration 92.04 Mk. Summa also: 83.137.96 Mk. Am Ende des Jahres 1877 gehörten dem Vereine 269 Mitglieder an. — Von der Bürger-Unterstützungs- und Rettungskasse hier selbst liegt der Abschluß von 1877 vor. Danach betrug die Hauptaufnahme incl. des Bestandes ex 1876 laut Einnahmen-Journal 43.339.48 Mk., die Hauptausgabe dagegen betrug 43.284.37 Mk., wobei der ult. Dezember 1877 verbleibende Baarbestand von 55.11 Mk. An Darlehen sind im Laufe des Jahres 1877 gewährt 42.240.00 Mk., die Darlehnreste aus den Vorjahren bis ult. Dezember 1876 betrugen 13.271.00 Mk., Summa: 55.511 Mk. Darauf sind vereinabnahm 41.819.00 Mk. bleiben also Darlehnreste ult. Dezember 1877 13.692 Mk. Das Vermögen der Kasse besteht nun: a) im haaren Kasenbestande per 55.11 Mk., b) den Darlehnresten per 13.692 Mk., c) den schon zurückgeahlten Amortisationsquoten von 1800 Mk., zusammen 15.547.11 Mk. Die oben angegebenen 42.240 Mk. Darlehen wurden 290 Personen gewährt und zwar: an 180 Katholiken mit 24450 Mk., 72 Evangelischen mit 10.050 Mk. und an 38 Juden mit 7740 Mk.

Samter, 8. März. [Kreisgerichts-Direktor Ziegert] Wenn Ihnen ein hiesiger Korrespondent auch schon mit kurzen Worten das traurige Verhängnis gemeldet hat, das, wenn nicht die angehenden, so doch sicher eine der angehenden Familien unserer Stadt beimgesucht hat, so dürfte Ihnen bei der Auferordentlichkeit des Falles vielleicht eine zweite, ausführliche Darstellung derselben nicht ganz unerwünscht sein. Sonnabend, den 2. d. Mts., Morgens 6 Uhr, starb der hiesige Kreisgerichts-Direktor Julius August Wolfgang Ziegert und Abends 11 Uhr an demselben Tage die Tochter derselben. Gattin und zwei Kinder des Verstorbenen waren ihm schon früher vorangegangen und das einzige überlebende Kind der Familie, der durch den Telegraphen aus Berlin herbeigerufene Sohn, stand bei seiner Ankunft im elterlichen Hause Vater und Schwester auf der Todtentahre. Bei der ungetheilten Beliebtheit, deren sich die Verstorbenen in allen Kreisen und bei allen Schichten unserer Bevölkerung zu erfreuen hatten, erregte dieser jähre Unglücksfall, eine an Bestürzung grenzende Trauer. Wohl waren beide schon seit Wochen unvölklich, doch kam dieser doppelte Todesfall den Einwohnern unserer Stadt und unseres Kreises, sowie den zahlreichen Freunden der hochgeachteten Familie völlig überraschend. Verdient hatten beide die allgemeine Theilnahme in so hervorragendem Maße, daß es sicher nicht unangemessen ist, an dieser Stelle die Grinde derselben in kurzen Zügen zu schildern. Kreisgerichts-Direktor Ziegert gehört war nicht durch Geburt unserer Provinz an — er wurde am 1. Jan. 1811 zu Lauban geboren — durch langjähriges, segensreiches Wirken in derselben ist er aber unser eigen geworden. Er gehört zu jenen Kämpfern deutscher Gesittung und deutscher Biederkeit, denen unsere Provinz ihr Emporblühen zu danken hat; seine Kulturbildung war dabei keine einseitige, die sich auf das Polen mit der Gegenpartei beschränkte und nur in diesem ihre Aufgabe sah: die Kreisangehörigen deutlicher und polnischer Zunge trauern gleichzeitig an seinem Sarge. Die ungestüm und unruhige Kampfweise der Heiksporne des Germanistrens à tout prix lag nicht in dem milden, menschenfreudlichen Charakter des Verstorbenen. Julius Ziegert kam im Jahre 1849 nach unserer Provinz, wo er am 1. Juni des genannten Jahres die Stelle eines unbefoldeten Assessors bei dem Ober-Landesgericht zu Posen antrat. Am 1. Januar 1842 wurde er dritter befolteter Assessor bei dem Land- und Stadtgericht zu Samter. Hier gründete sich der Verstorbene seinen verdienstreichen Wirkungskreis: der Sohn des schlesischen Gebirges, den überdies Familienbande an die geselligen Kreise des schönen Sachsen knüpften, hielt es für seine Lebenspflicht, auf dem beschwerlicheren Boden unserer heimischen Provinz auszuhalten, dem Pionier des Westens gleich, der die süßeren Reize der Heimat liebt und sein Zelt auf unbebaute Erde ausschlägt. Und wenn die Saat, die der Verstorbene ausgesät hat, auch nicht hundertfältigen Ertrag brachte, so überlieferte sie der Nachwelt doch eine segensreiche Ernte. Am 1. April 1850 rückte Julius Ziegert in eine Kreisrichter-Stelle ein, am 28. Mai 1853 wurde er zum Direktor des Kreisgerichts Samter ernannt und durch den Appellationsgerichtsrath Gleinow aus Posen — den jetzigen dortigen Kreisgerichtsdirektor — in dieses Amt eingeführt. Vom Jahre 1855—57 vertrat Direktor Ziegert den Kreis Samter-Birnbaum im Abgeordnetenhaus. Als anerkannt tüchtiger Jurist und unermüdlicher Arbeiter nahm der Verstorbene eine bevorragende Stellung unter seinen Berufsgenossen ein; seine Geschäftsführung galt bei den vorgesetzten Behörden als mustergültig. Um so dringender mußte der hier allgemein verbreiteten Ansicht widerstehen, als ob der bereits krante Mann einer Gemüthsverschüttung zum Opfer gefallen wäre, die ihn im Folge der eigenthümlichen Fassung eines Revisions-Berichtes ergriffen hätte. Schon der Umstand, daß dem Verstorbene bei dem letzten Ordens-Feste der Rothe Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife verliehen wurde — gewissermaßen gegen die Regel, die sich hierbei an Jubiläen u. s. w. zu halten pflegt — widerspricht dieser Annahme. Die Vorbereitungen zu dem 25jährigen Jubiläum des Verstorbenen als Kreisgerichts-Direktor in Samter waren bereits im Gange, als ihn der Tod seinen Freunden und Vereltern entrifft. Über den Verstorbenen als Mensch waltet nur eine Stimme: er war ein deutscher Mann in des Wortes wahrster und vollster Bedeutung. Die mit dem Vater an demselben Tage verstorbenen Tochter hat, wiewohl selbst leidend, durch ihre milde Samariter-Natur sich die wahre Berehrung aller Dever erworben, die mit der

ihm für sich, den Vater und die Armen und Kranken Lebenden in Verführung kamen. Das Doppelbegräbniss der allgemein geliebten und verehrten Toten gestaltete sich für Stadt und Umgegend zu einer tief empfundenen Trauerfeier.

x. Wollstein, 9. März. [Postalischess] Sicherem Vernehmen nach wird die zwischen hier und Unruhstadt täglich kursirende Personenpost vom 15. d. Mts. ab deshalb aufgehoben, weil sie so wenig bedarf wurde, daß durch dieselbe dem Postfistus verursachten Geldosten in keinem Verhältnisse zu der Einnahme standen.

F. Aus dem Kreise Kröben. 9. März. [Turn- und Bildungs-Verein. Pensionstrug. Kirchenjubiläum. Schulbau. Ernennungen. Zum Vereinsleben.] Kürzlich fand das diesjährige Schauturnen des rawitscher Turnvereins statt, bei dem Vorjähriges geleistet wurde sowohl im Riegen- wie im Kärtturnen. — Im rawitschen Bildungsverein hielt vorgestern Realschullehrer Dr. Thiem einen Vortrag über Konstantinopel. Zum Schluß führte der Vorsitzende des Vereins mehrere Ansichten vom Monde und der Sonne vor und erklärte dieselben. — Der Berwalder des görchner Postamtes III. wird am 1. d. Mts. in den Ruhestand versetzt werden. — Zum 22. d. Mts. findet das 100jährige Jubiläum der evang. Kirche in Görchen statt. — Mit dem Bau eines katholischen Schulhauses in Görchen soll in diesem Jahre begonnen werden. Die schon seit vor. Jahrz. vakante 2. Lehrerstelle darf, welche bisher vom Hauptlehrer Fabian mit verwaltet wird, soll vom 1. April d. J. mit einem Schulamtskandidaten besetzt werden. An Stelle des Organisten Merdas in Görchen ist von dem katholischen Kirchenvorsteher ein neuer Organist aus Bogariella gewählt worden. — Der katholische Gefellenverein in Görchen hatte kürzlich eine Zusammenkunft, in welcher Herr Sigmund (Schwarz?) Vorträge über Industrie und Wissenschaft hielt. Der Genannte ist gleichzeitig zum Vorsitzenden des Vereins gewählt worden. — In Rawitsch geht man mit dem Plane um, einen Verein zur Unterstützung älterer christlicher würdigster und bedürftiger Personen zu gründen.

Wittenbaum, 10. März. [Berdigung.] Am Donnerstag wurde wohl der älteste der in unserem Kreise noch lebenden Veteranen, der Infanterie Michael Reetz aus Großdorf beerdigt. Derselbe hatte das seltene Alter von 91½ Jahren erreicht, alle Feldzüge von 1806—15 mitgemacht, im Württembergischen Corps und Schlesischen Freicorps, sowie im russischen Heere zwei Jahre aktiv gedient, besaß den St. Georgen Orden und war Inhaber der russischen Denkmünze in Silber. Nach den Kriegen betrieb er die Gastwirtschaft, lebte die letzten Jahre in Großdorf, erkrankte an einem Magenleiden und starb an Enkratzung. Der hiesige Landwehr-Verein veranstaltete dem Verstorbenen ein feierliches militärisches Begräbniss und von dem Schützenzuge wurden die üblich in Ehrensalven abgegeben.

Kreppen, 10. März. [Schulangelegenheit.] Die hiesige Simultan-Schule besteht aus sechs aufsteigenden Knaben- und sechs aufsteigenden Mädchenklassen und zwei parallelen Unterklassen, zusammen also 14 Klassen mit 304 polnischen und 605 deutschen, zusammen 909 Schülern, welche von 9 Lehrern, 1 Lehrerin und dem Kector, der jedoch nur sechs Stunden wöchentlich ertheilen kann, unterrichtet werden. — Die durch das am 12. April d. J. erfolgte Ableben eines Lehrers vakant gewordene 7. Stelle ist war durch Auftrücken im Gehalte ausgefüllt, dagegen die dadurch erlebigte 12. Stelle aus unbekannten Gründen bis heut noch nicht besetzt worden, so daß gegenwärtig 10 Lehrer 14 Klassen verwalten müssen. Andererseits muß lobend anerkannt werden, daß in Folge der Bemühungen des Kectors Härdic in letzter Zeit die Orts-Schulbehörden durch Anschaffung von Schulutensilien, physikalischen Apparaten, Anbringung von Ventilationen in den Klassen sich ein wesentliches Verdienst um die Schule erworben haben.

— ph. Schmiegel, 10. März. [Amtsgericht.] Der Chef-

präsident des Appellationsgerichts von Königsberg aus Posen ist

am Freitag Vormittag, von einer Deputation auf dem Bahnhof Alt-

Posen empfangen, hier eingetroffen, um mit dem Gemeindevorstand darüber zu konferieren, wo das Gericht mit Amtslokal und Gefängnis am 1. Oktober 1877 hier selbst untergebracht werden kann und ob aus-

reichende Quartiere für eine Anzahl neuer Beamtenfamilien hier vorhanden sind. Die Lokalitäten hat Herr von Königsberg persönlich in Augenschein genommen und sich darüber sehr befriedigend ausgesprochen.

Fraukstadt, 11. März. Vergleich des in Nr. 169 der Pos. Z. mitgetheilten Vorfalls kann ich konstatiren, daß wir hier mit nicht geringer Verwunderung die Korrespondenz gelesen haben, welche einen an sich ganz unbedeutenden Vorfall, der sich an der hiesigen Landwirtschaftsschule ereignete, in einem Maße übertrieben wiederholt, daß man glauben kann, es steige dem Verfasser daran, die Schule zu diskreditiren. Wir halten nicht dafür, daß die ausführliche Befreiung derartiger Angelegenheiten in ein öffentliches Blatt gehöre, aber zur Verbilligung Aller, die sich nach Ihres Korrespondenten Ausspruch "einlich" haben berühren lassen, können wir nach genauer Orientirung über den Fall berichten, daß der betreffende Lehrer nach allen Unparteiischen Urtheil durchaus korrecht gehandelt hat, und von einer brutalen Behandlung eines Schülers nicht die Rede war. In jedem ähnlichen Falle müßte sich an jeder Schule, wo nicht eine schwächliche Disziplin gebandelt wird, derselbe Vorgang wiederholen. Die Lehrer unserer Landwirtschaftsschule haben — es ist das auch in Ihrem Blatte schon mehrfach hervorgehoben — vom ersten Tage des Bestehens der Schule es sich angelegen sein lassen, eine strenge Disziplin durchzuführen, weil sich unter den ihr zugegangenen Schülern, manche befinden, welche einer solchen bedürfen, und sich damit wiederholt den Dank der Eltern, wie die Anerkennung des Publikums erworben. Sie werden sich hoffentlich auch ferner durch keinerlei Angriffe mißgünstiger Elemente beirren lassen, auf dem mit gutem Erfolg betretenen Wege fortzufahren, und dadurch das Rerenomme der Schule am besten fördern.

Nogowo, 8. März. Die konsequente Verbreitung der Nachricht in mehreren Zeitungen, daß in unserem Städtchen der Typhus so sehr überhandnehme, ist rein erdichtet, da außer 3 am Typhus erkrankten Personen, die bereits die größte Gefahr überstanden haben, sonst keine weiteren Erkrankungen vorgekommen sind, und die erwähnte Schließung des Gasthauses auch nur dann von der Polizeibehörde in Aussicht gestellt worden ist, wenn Nachtschwärmer und Krauthauer fernerhin dasselbe in der Nacht besuchen werden. Die Bewohner von Nogowo erfreuen sich schon seit Jahren der besten Gesundheit, selbst während Cholera-Epidemie ist unser Ort verschont geblieben.

Bromberg, 8. März. [Seminarienprüfung. Bahnhof-Umbau. Telephonischer Verkehr.] Im Schulexer-Seminar fand gestern unter Vorsitz des Regierungs-Schulrats Lücke aus Posen die Entlassungs-Prüfung der Abiturienten statt. 23 Seminaristen bestanden dieselbe. Außer diesen hatten sich noch 6 junge Leute zum Examen gemeldet, die sich anderweitig hatten vorbilden lassen. Von diesen bestand indeß nur einer die Prüfung, und zwar ein junger Mann mosaischen Glaubens, der bereits über ein Jahr in Berlin Jura studirt hatte. Heute und morgen findet die Aufnahme der Novizen für das Seminar und die damit verbundene Vorbereitung statt. Es sind bereits 44 Anmeldungen erfolgt. — Mit Beginn des Frühjahrs wird ein provisorischer Umbau der Empfangs-Häuslichkeit resp. Wartesaale des hiesigen Bahnhofes stattfinden. Derselbe ist deshalb dringend notwendig geworden, weil der längst geplante definitive Umbau mit einer Herstellung hoher Räume von der bei einer Verlegung der Zentral-Bernleitung nach Berlin in Aussicht genommenen Räumung der ersten Etage des Empfangsgebäude abhängig ist und eine solche Räumung auch in den nächsten Jahren nicht in Aussicht steht, vielmehr als in weite Ferne hinausgerückt anzusehen ist, während die Wartesaale dergestalt abgenutzt erscheinen, um eine Renovierung unauffachbar zu machen, zugleich auch eine Erweiterung der Säle notwendig ist, weil selbst bei dem beschränkteren Personen-Verkehr des Winters das reisende Publikum zu den Nachmittagsgleichzeitig nach den vier Richtungen des hiesigen Bahnhofes abgehen und ankommenden Personenzügen genügende Aufnahme nicht zu

finden vermag. — Zwischen Trischin und Krone a. B. ist der telephonische Verkehr eingerichtet worden.

Inowrazlaw, 10. März. [Abiturienten-Prüfung.] Erneunung. Bürgerverein. Am 8. d. Mts. fand hier selbst unter Vorsitz des Provinzial-Schulrats Tschadert aus Posen die mündliche Abiturientenprüfung statt. Zu dieser Prüfung hatten sich 7 Prinzipalier gemeldet. Vier von diesen wurden vom mündlichen Examens dispensirt, auch die übrigen drei erhielten das Zeugnis der Reife. — Landrat Graf zu Solms hier selbst ist von der Regierung zum Direktor der Genossenschaft zur Entwässerung der am Friedrichsgraben belegenen Grundstücke ernannt worden. — In der am 7. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des hiesigen Bürgervereins wurde beschlossen, die regelmäßigen Sitzungen des Vereins vorläufig zu verhindern.

Inowrazlaw, 11. März. [Kammerreise-Etat.] Reichtag 8. M. Der pro 1878/79 aufgestellte Etat der hiesigen Kammerreise schließt in Ausgabe und Einnahme mit 8261 Mark. Unter den Einnahmen nimmt der Kammerbeitrag von 7348 Mark die höchste Stelle ein. An Ausgaben hat die Kasse u. a. zu berichten: für geistliche Schul- u. Anstalten 2523 Mark, für Wohltätigkeits- und Armenanstalten 12949,43 Mark, an Bevölkerung und Pensionen 24364 Mark u. s. w. — Zu der am 26. d. Mts. stattfindenden Wahl eines Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Inowrazlaw-Wodzino ist der Kreis Inowrazlaw in 30 Wahlbezirke getheilt worden. Hier von kommen auf die Stadt 7, auf das Land 23. Die Seelenzahl beträgt zur Zeit in den Städten 16035 — Inowrazlaw 9169, Strelno 4326, Orlowolo 1840, Kruszwitz 700 — auf dem platten Lande 60365, überhaupt im ganzen Kreis 76400.

Bromberg, 11. März. [Dammdurchbruch am Winterhafen in Deutsch-Fordon.] Seit gestern Abend, wo, wie bereits berichtet, um 7 Uhr ein Dammdurchbruch des Nottdamms erfolgte, welcher zur Sicherung der Hafenbauerbeiten bei eintretendem Hochwasser der Weichsel an der sogenannten Judenlate am oberen Ende des Hafens errichtet war, steht das ganze Arbeitsterrain unter Wasser, nur die auf demselben erbauten Buden, Schuppen u. r. ragen noch mit ihren Spitzen hervor. Der errichtete Nottdamm führt über ein sumpfiges, wässriges Terrain, die sog. Sudenlake, wie benannt wird, ein altes Bett der Brahe. Durch das nun schon seit 3 Wochen anhaltende Hochwasser erfolgte eine Unterflutung an dieser Stelle und trog aller Vorsichtsmahrgeln und Wassersamkeit gestern der geschilderte Durchbruch. In ganz kurzer Zeit ergossen sich die Wogen über das Hafenterrain, welches sonst immer zu inundieren pflegte. Seitens des Bauunternehmers war auch diese Katastrophe vorgesehen. Da die Hafenstraße von der Durchbruchsstelle bis zur Schleusenbaugrube vollständig aufgehoben war, so gestaltete sie dem Wasser von unten her einen bequemen Eingang, infolge dessen die Flut nichts fortwähren vermochte, während ein Durchbruch am entgegengesetzten Ende (an der Langenauer Ecke) das schlammste hätte befreien lassen. Zwei Locomotiven an der Schleusenbaugrube, welche die Bestimmung hatten, das Mörtelwerk wegzuholen und die zur Entwässerung der Schleusenbaugrube aufgestellte Zentrifugalpumpe zu treiben, stehen zwar unter Wasser, jedoch nicht so tief, daß sie durch Schaden leiden, und können wieder, sobald die Flut um einen Meter gefallen ist, in Betrieb gesetzt werden. Vor einigen Tagen sind 1200 Zentner Cement, welche sich in einem Schuppen befanden, auf einen höher gelegenen Lagerplatz in Sicherheit gebracht worden. Auch eine größere Zentrifugalpumpe, die aus Berlin hier eingetroffen war, blieb vor der Überschwemmung gesichert, da ein Zusatz ihre Herbeiführung verzögert hatte. Dieselbe wird aber bei der demnächst eintretenden Entwässerung täglich mischfassen können. Wie man vermuten darf, ist in das schon fertige Hafenterrain Schlammrede nicht eingespült worden, abgerechnet vielleicht die kleine Menge, welche unmittelbar dem Durchbruch folgte. Der Rück des Dammes hat in der Tiefe eine Breite von 5 Meter, während die ganze Überflutung sich auf 30 Meter ausdehnt. Die Ranten der Schleusenbaugrube sind vollständig unbeschädigt und erklärt sich dies durch das langsame Aufsteigen des unter herandrückenden Wassers. Der größte Theil der Erdtransportwagen ist auf dem Theilweise ganz vollendet. Dauerbedürfnis vorher in Sicherheit gebracht worden. Gegen Mittag trieb: zwar eine Menge Karren, Balken, Bretter u. dem Durchbruch zu, doch ist dafür Sorge getragen, daß dieselben nicht passieren können. Voraussichtlich ist der Schaden, welcher das ganze Unternehmen trifft, ein unbedeutender. Zu bedauern ist nur, daß die bei diesem Bau beschäftigten Arbeiter, ca. 500 in 12 Schächten, von denen die meisten nicht aus hiesiger Gegend sind, außer Thätigkeit gezeigt werden. Auf dem Inundationsterrain war heute, außer den Hafenbau leitenden Herren, Regierungsrath Müller am Abend betrug der Wasserstand am Brahauer Pegel 39 Meter. (B. 3.)

Inowrazlaw, 12. März. [Vorschussverein.] Nach dem pro 1877 veröffentlichten Rechnungs-Abschluß des hiesigen Vorschussvereins (eingetr. Gen.) beliefen sich Einnahme und Ausgabe des Vereins auf je 2.037,305 Mark. Im Gewinn- und Verlust-Konto stand ein Überschuß von 19.925,50 Mark und ein gleich hoher Credit. Die Vermögens-Bilanz wies nach an Altiris 39.900,33 Mark, an Passiva ebensoviel. Der Verein gewährte seinen Mitgliedern an Dividende 7,8 pCt. = 78 Pf von je 10 Mark Geschäftsantheit und bat nach Abzug von 1600 Mark an Extra-Reserve dem Reserve-Konto 768 Mark überwiesen. Die Zahl der Mitglieder betrug anfangs 1877 347 und am Schluss des Jahres 352.

Aus dem

ten Litten und Liepmann. Das etwa zwei Stunden währende Referat des Appell. Mathias Panneberg stellte sichtvoll, präzis und mit klarer Betonung aller erheblichen Momente den Inhalt der Akten dar. Der Prokoll, auf dessen Fassung der erste Richter besonderes Gewicht gelegt, ist, wie Referent hervorhebt, lange nachdem die Aktiengesellschaft konstituiert, erst veröffentlicht. Er erörtert die Annahme einer Vorstellung falscher Thatsachen in betrügerischer Absicht seitens des ersten Richters und die von dem Appellanten behauptete positive Täglichkeit der beiden Angeklagten bei dem Prospekt als Verfasser und Verbreiter. Bevor er auf die Beantwortung der Vertheidigung selbst eingeht, führt er hier jedoch einschlägig an, daß Litten in gutem Glauben gehandelt zu haben behauptet, daß dies Forderbedeuts Beugnis, welches vollständig verlesen wird, erweise. Von den drei Zeugen, die der erste Richter übereinstimmend mit dem elbinger Staatsanwalt als Beschädigte angenommen, oder eigentlich von zweien, denn Burscher ist ja verstorbener, entwirft der Referent ein meisterhaft ausgeführtes Bild, ein klareres als wir durch deren Vorführung bei der elbinger Verhandlung empfangen haben. Der Referent hebt den Widerpruch in den verschiedenartigen Aussagen der beiden Zeugen scharf hervor und bemerkt dabei, daß der erste Richter sich durch diese Aussagen doch habe bestimmen lassen, beide als durch den Prospektinhalt Beschädigte anzunehmen und nur habe freisprechen müssen, weil jene Schädigung nicht durch den Erwerb der Aktien, sondern durch die Konjunktur eingetragen sei. Der kurze Appellationsreditierung des ersten Staatsanwalts gedenkt Referent, geht die Beantwortungen der beiden Vertheidiger ausführlicher durch, führt besonders an, daß die Operationen (Kaufzeitpunkt) nicht als fiktive, sondern als wirkliche bezeichnet werden, daß der Preis von 330.000 Thaler ein angemessener gewesen sei, daß man in der Beurteilung der Zeugen Rad und v. Roques vorsichtig sein solle und daß die Vertheidigung die Behauptung, Litten habe den Prospekt verbreitet, widerlege.

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft stellt die Meinung auf, daß die Appellation wohl zum Theil aus einem allgemeinen juristischen Interesse hervorgegangen sei, weil die Frage, ob derartige Geschäftsoperationen Vorstiegungen falscher Thatsachen beabsichtigt habe, um sich einen Vermögensvorteil zu wenden, enthielten? vom höchsten Gerichtshof III. Instanz noch nicht entschieden sei. Wie nach den eigenen Annahmen des ersten Richters derselbe habe freisprechen können, sei ihm völlig unbegreiflich. Der Antrag des elbinger Staatsanwalts auf Verurteilung wegen vollendeten Betruges erweckt indessen ebenfalls große Bedenken. Derselbe sei nicht aufrecht zu erhalten. Den Aussagen und Ausführungen von Burscher, Rad, v. Roques könne man unmöglich die Bedeutung beilegen, die der elbinger Richter ihnen gegeben habe. Selbst wer das aber wolle, müsse den Kausalnexus zwischen Aktieneichnung und Be- schädigung vermissen. Der Oberstaatsanwalt stellt dem hohen Gerichtshof deshalb die Entscheidung im Betreff einer Verurteilung wegen "vollendeten Betruges" anheim. Röhne der selbe aber an, daß im Prospekt falsche Thatsachen behauptet seien in der Absicht, widerrechtlichen Vermögensvorteil zu erlangen, daß der Erwerbspreis jener ersten Preis von 200.000, nicht der zweite von 330.000 Thlr. gewesen sei, wenn also nach dem zwar bedenklichen, aber dennoch berechtigten Ausführungen des ersten Richters der Prospekt, an dessen Verfassung und Verbreitung sich die Appellation beteiligt, falsche Thatsachen enthalten, daß Rechtsgeschäft ein simuliert gewesen sei, ohne daß ein Beschädigter nachgewiesen werden könnte, so würde auf "ver- suchten Betrug" zu erkennen sein und beantragt die Oberstaatsanwalt in diesem Falle eine Strafe von 600 Mark.

Jusizrat Leiss weist kurz noch einmal den Vorwurf einer fiktiven Operation zurück, erläutert die durch das alleitig als man gelhaft erkannte Aktiengesetz hervorgerufene Praxis als eine erlaubte, erkennt die Notwendigkeit an, daß eine Reform des Aktiengesetzes die Verpflichtung zur Angabe des Preises eines jeden Objektes für Aktiengesellschaften bringen müsse, wie es bereits in England der Fall sei. Er führt dann verschieden aus den neuesten Erkenntnissen des Oberhandelsgerichts gezogene Rechtsanschauungen und Rechtsgrundlage an, die viel weiter gehen, als dasjenige, was hier in Frage kommen könnte. Wenn die gesammten Gründer das Aktienkapital übernehmen, so brauchen sie nicht einmal eine Generalversammlung einzuberufen. Dass ohne Gründergewinn derartige Geschäfte gemacht seien, wäre nach Ansicht des Oberhandelsgerichts für die Gründerperiode niemals anzunehmen. Auf zwei Dinge müsse die Vertheidigung noch aufmerksam machen. Zuerst darauf, daß man nur dann alle Gründungen und alle Gründer recht beurtheilen könne, wenn man alle Verhältnisse damaliger Zeit und die Gesamtumstaltung derselben mit in Erwägung ziehe. Sodann aber seien die Aussagen aller jener Zeugen bedenklich, die sich heute notwendig in Selbstausdruck befinden müssen. Damals hätten sie sich niemals um Zahlen und Angabe, sondern nur um den erhofften schönen Gewinn gekümmert. Wer den Prospekt richtig beurtheilen wolle, der müsse sich auf den Boden der damaligen allgemeinen Rechtsauffassung stellen. Die ihn erlassen, waren Kaufleute, die verdienen wollten und die Kenntnis hier von allgemein voraussetzen. Richtig sei der Prospekt, denn das Etablissement hat der Gesellschaft 330.000 Thlr. gestoßen. Der Ausdruck "Umwandeln" in demselben giebt deutlich zu erkennen, daß zwischen dem ersten Käufer und der Gesellschaft die Gründer als Mittelpersonen dazwischenstehen, welche "umwandeln". Diese zwischen Käufer und Zeichner stehenden, das Objekt in eine Aktiengesellschaft "umwandlenden" Mittelpersonen müssen verdienen. Die Aktionäre, an die alle derartigen Öfferten sich wenden, seien doch nicht für gänzlich unverfahrene Hinterwälzer zu halten, sondern für gewissermaßen intelligente Menschen, die von solchen Geschäften eine Anschauung haben. Das nehme auch das Oberhandelsgericht an, das sei aber nach der Auffassung des ersten Richters kaum möglich. Dass Litten ohne Dolus gehandelt, daß er an der Verbreitung des Prospektes nicht teilgenommen, wird durch seine dem Unternehmen bis zuletzt gebrachten Opfer, durch das Beugnis Forderbedeuts, den Brief Rosentheins und die bereits von der Oberstaatsanwaltschaft selbst scharf und sehr richtig kritisierten Zeugen Rad und v. Roques, die freilich der erste Richter ganz anders beurtheilt, bewiesen. Die ältere Fragestellung des ersten Richters, Kreisgerichtsdirektor Wettke: "Hättet Du gezeichnet, wenn Du gewußt hättest u. s. w. ?" ist eine ganz falsche. So darf man nicht fragen, weil Niemand sich jahrlang hinterher Rechenschaft zu geben vermöge, was er in ganz bestimmten Fällen getan haben könnte. Der Vertheidiger schließt mit dem Antrage, die Absicht einer betrügerischen Irrtumserregung bei seinen Clienten zu verneinen, das Erkenntnis des ersten Richters also anders zu begründen, es im Uebrigen aber zu bestätigen.

Rechtsanwalt Wannewohl wendet sich zunächst gegen zwei verschiedene unvermittelte und unvereinbare Rechtsauffassungen des ersten Richters, der festgestellt habe, daß die Gründer die Aktiengesellschaft gebildet hätten und daß ferner die gebildete Aktiengesellschaft ihre Aktien ausgetragen habe zu höherem als dem Bezeichnungswert (100 statt 68), wodurch sie eben nur bestimmte Vermögensantheile erworben, und der zugleich den Vorwurf erhebt, daß die Gründer ihren Gewinn nicht angegeben hätten. Man könne zwar diesen Gewinn verschweigen, wenn aber der Erwerbspreis angegeben wäre, so müsse es der richtige sein. Auf welche Rechtsgrundlage sich dieses Postulat stützt, ist aber anzufragen unterlassen worden. Das Ober-Tribunal sagt ganz im Gegenteil: Es ist ein Unterschied, ob eine Aktien-Gesellschaft Aktien verkauft oder ob die Gründer konspiriert zur Verhinderung auffordert. In letzterem Falle sei unbedingt Offenheit geboten, man müsse genau angeben, wie viel man gezahlt habe. Wenn ich einen Edelstein finde, stecke ic., zu einem Juwelier gebe, ihm sage, daß ich 10.000 Thlr. für den Stein gegeben habe, ihm ein gemeinsames Geschäft mit dem Juwel vorlage, daß er es schleifen, fassen, verwerben und mich unter Zugrundelegung meines Erwerbspreises von 10.000 Thlr. an den Chancen dieses Geschäfts beteiligen möge, so habe ich ibn durch jene falsche Angabe eines nicht gezahlten Preises betrogen. Anders aber steht die Sache, wenn ich unter Angabe jenes falschen Erwerbspreises den Juwelier veranlaßte, den Stein zu kaufen. Das ist kein Betrug. Unrecht ist daher ebenso der Vorwurf, daß die Käufer, obgleich sie blos Aktien verkaufen wollten, ihr Gründungs-

Geschäft offen hätten darlegen sollen. Dazu sind sie nach einer Entscheidung des Obertribunals nicht verpflichtet. — Wenn die Schuld vollbrachten Betruges nun nicht vorliegt, so muß diejenige des verdeckten Betruges ebenfalls fallen. Der Unterschied wäre nur, daß es an der Person eines Beschädigten fehlt, die anderen Beweismomente sind dieselben. Hätte man hier nun einen Betrogenen, so wäre es angängig, daraus auf die Absicht einer trügerischen Vorstiegung zu schließen. Aber umgekehrt ist dies unmöglich. Denn wenn gar kein Mensch bereitgefallen ist, so muß doch der Rückslag mehr als gewagt erscheinen, daß ein gemüterter Geschäftsmann so operieren werde, daß andere auf den Leim gehen und dieses dennoch nicht geschehen ist. Der Rückslag ist ebensoviel ein nothwendiger, da der Käufer einen Hinweis auf Aktienbeliebigung mit einem bestimmten Bruchteil erhalten hat. Es ist aber endlich der Rückslag ungültig, obgleich niemand betrogen worden, so sei die Operation doch darauf berechnet gewesen. Denn das wäre eine Berechnung auf Hinterwälzer, nicht aber auf ein Geschäftsvolkum, wie es hierbei allein in Frage kommen könnte. Der Vertheidiger des Banquier Liepmann stellt denselben Antrag wie der Justizrat Leiss.

Der Gerichtshof braucht kaum 10 Minuten um seine Entscheidung zu treffen. Der Präsident verfügt: Der erste Richter habe Vorstiegung falscher Thatsachen dadurch Irrtumserregung in betrügerischer Absicht bei den die Gründung betreffenden Geschäftsbereichen angenommen. Der erste Richter habe die Zuwendung eines rechtswidrigen Vermögensvortheils seitens der Angeklagten und die Beschädigung der Zeugen Burscher, Rad, v. Roques als erwiesen angenommen und nur deshalb freisprechen müssen, weil diese Vermögensschädigung der drei Zeugen nicht durch die Aktieneichnung selbst erfolgt sei. Dem entgegen ist aber der hohe Appellhof zu der Überzeugung gelangt, daß in allen Geschäftsbereichen (Kauf, Besser, Bildung der Aktiengesellschaft, Prospekt) eine Vorstiegung falscher Thatsachen in gemütlicher Absicht nicht enthalten, also kein Betrug vorhanden sei. Ohne deshalb auf die anderen Annahmen des ersten Richters weiter einzugehen, spricht der Gerichtshof die beiden Angeklagten vollständig frei.

Es ist mit diesem Erkenntnis dem Antrage der Vertheidigung beigetreten worden. Die Angeklagten sind jetzt erst vollständig von dem schweren Vorwurfe des Betruges gereinigt, wofür sie sich bei dem appellierenden Staatsanwalte bedanken mögen. Denn daß Elbinger Erkenntnis entlieh sie mit allen Mafeln des Betruges belastet und befreite sie nur um einen zufälligen Nebensache willen von der Strafe. Die höhere Instanz in Marienwerder hat dies vorrichtig, indem sie alle Geschäftsbereiche für gesetzlich gestattete und den Inhalt des Prospektes für völlig richtig erkannte. Es dürfte dies der erste Fall sein, in dem das durch ein richterliches Erkenntnis festgestellt worden ist. Die ganze Verhandlung dauerte kaum 3 Stunden.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Breslau, 9. März. [Schlesische Bodencredit-Aktiengesellschaft.] Der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Banquier Beyersdorff, eröffnet die heutige ordentliche Generalversammlung mit einem Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, von dessen Verlesung Abstand genommen wird. Die Generalversammlung genehmigt einstimmig die Bilanz, sowie die Verurteilung der auf 7% p.C. festgesetzten Dividende, deren Auszahlung vom 12. d. Mts. ab beginnt. Infolge Ablaufs der Amtsduer scheiden aus dem Verwaltungsrath die Herren Stadtrath Friederici, Banddirektor Moser und Banquier Julius Schweizer, außer diesen sind Neuwahlen erforderlich für den verstorbenen Banquier Gustav Friedländer und für Herrn Albert Laband, der sein Mandat niedergelegt hatte. Die Herren Friederici, Moser und Schweizer werden mit allen abgegebenen 661 Stimmen wieder- und die Herren Konsul Joseph Friedländer mit 595, Banquier Moritz Cohn mit 651 Stimmen neu gewählt.

Vermischtes.

* Berlin, 10. März. Endlich ist es nach vielen Mühen unserer Behörde gelungen, den Heerd der aus allen Weltgegenden einlaufenden Falschen Thale für zu entdecken welche seit Jahr und Tag in Umlauf gesetzt wurden. Chemnitz in Sachsen ist als Sitz der Falschmünzer entdeckt. 30 Personen wurden bereits inhaftiert, und die Werkzeuge der Falschmünzer mit Beslagl belegt.

* Thorn im Spiegel der Polen. Die "Th. Ost. Blg." schreibt: Aus der Schilderung Thorns durch Herrn Eusebius Lubinski in der "Gaz. tor." wollen wir heute noch Einiges mittheilen. Herr Lubinski erzählt, die Freiheit, welche die Lutheraner in Thorn genossen hatten, habe veranlaßt, daß diese Stadt ein neues Zion wurde; von diesem aus verbreitete sich die neue Lehre über ganz Polen. Im Jahre 1595 hielten die neuen Seelen aus ganz Polen und Litauen hier eine Kirchenversammlung ab. Ein Jahr später führte Sigismund III die Jesuiten nach Thorn, und mußten die Lutheraner ihnen die Johanniskirche abtreten; seit dieser Zeit datiren die religiösen Streitigkeiten. 1724 kam es während der Frohlehn-Nahmsprozeß zu einem Tumult, und dieser war für den deutschen Volks die Veranlassung zum Aufruhr gegen die Jesuiten und die katholische Kirche, aus welcher man sogar die Kirchengräte schleppte und öffentlich verbrannte. Das harte Urtheil über den Bürgermeister Rösner und elf Bewohner zu vollstrecken, verbot der König zwar, aber Fürst Labomirski, von persönlichem Haß getrieben, wartete nicht erst die Königliche Bestätigung des Urtheils ab oder verheimlichte sie und ließ das Urtheil vollstrecken. Lubinski will die Jesuiten von der Einwirkung auf die Vollstreckung des Urtheils durchaus freigesprochen wissen. "Thorn hat für seine Treue der polnischen Krone gegenüber viel gelitten. Erst bei der dritten Teilung Polens kam es an Preußen, und in den Jahren 1807–1815, in welchen es zum Herzogthum Warschau gehörte, althm es auf." Die Entstehung dieses Herzogthums soll auch den Beweis liefern, daß auch Polen wiedererstehen kann, und es wird unfehlbar wiedererstehen. Thorn wird dann ebenso auf die Ehre, zu Polen zu gehören, stolz sein, wie seine armen Schlucker heutzutage mit erheblicher Begeisterung mit den preußischen Patrioten im Chor Hymnen zur Ehre Deutschlands läuten." — Das Denkmal des Kopernikus, welches Fürst Jablonowski der Stadt Thorn schenkte, so erzählt Lubinski, ließ der Magistrat nicht aufstellen, weil es dem Kopernikus als Polen gewidmet war. Erst zur Zeit des Herzogthums Warschau, als ein Staatsrat in Thorn regierte, wurde das Denkmal in der Johanniskirche aufgestellt. "Es ist das ein kleiner, aber charakteristischer Beweis von dem kleinen Hochmuth und der bekränkten deutschen Intoleranz", sagt er, wir aber sehen in dem Verlangen der Polen eine nationale, auf sehr zweifelhafter Grundlage ruhende Prählerie, die der deutsche Magistrat nicht begünstigen wollte. Herr Lubinski erzählt dann weiter, daß unter dem Konsul Lubinski sich ein Brunnen befindet, den man auf Verlangen des Magistrats dort angelegt hat; denn der Magistrat wollte sich nur unter der Bedingung an den Kosten des Denkmals mit 654 Thalern beliebigen, wenn mit dem Denkmal zugleich ein öffentlicher Nutzen verbunden würde. "Etwas deutsch-kleinstädtisch" fügt Lubinski hinzu. Den würdigen Schluss der spätkastilen Exurze bildet eine Untersuchung über die Zeit, welche wohl zum Lager des thornner Pfefferlachs-Tages erforderlich sein mag, und eine äußerst komische Reklame für unsern Verbrecherkeller. Das Bier hat dem frommen Herrn ganz gut geschmeckt – es scheint, er hat seinen Artikel "grad" aus dem Keller kommt geschrieben – aber das Volk gefällt ihm nicht. „Man kann sagen, die Verirrung des Geschmacks, welcher, ansehnend übersättigt und abgestumpft durch übertriebenen Aufwand, sich mit ungeschliffenem häutlichen Wesen nährt oder sich auf diese Weise mit Genus neuer Vergnügungen vorbereitet, ist verwunderlich!“

* Die Flecktyphusepidemie in Petersburg, schreibt die „St. P. Med. Wochenschr.“, hat bereits eine Extentität erlangt, wie eine solche seit Jahrzehnten nicht vorgekommen ist. Die Epidemie begann etwa im Oktober und schien hier am Ort aus den bekanntlich stets vorhandenen sporadischen Fällen zu entstehen. Schon damals haben

erfahren Hospitalärzte eine größere Epidemie vorausgesehen. Von einer Einschleppung der Krankheit von den Kriegsschauplätzen her kann keine Rede sein, denn auch dort hat die Epidemie nicht früher begonnen. Kriegsgefangene waren damals noch gar nicht, Bewunderte nur wenige bis hierher gelangt. Wir werden nicht erheblich irren, wenn wir annehmen, daß die Zahl der Flecktyphuskranken in Petersburg im Ganzen circa 2000 beträgt, und ist bis jetzt ein Nachlaß der Epidemie nicht wahr zu nehmen. Leider ist für Schutz der Gesunden vor der Ansteckung durchaus nicht geforscht; bei der kolossal Neubefestigung der Hospitaläler finden nicht alle Erkrankten ein Unterkommen, viele bleiben in ihren Wohnungen, bis sie in extremis sind, und infizieren dieselben vollkommen. So sind neuerdings zeitweilige Hospitaläler eröffnet, doch reichen sie lange nicht aus. Der Nothstand in der Arbeiterbevölkerung ist groß; jeder Arbeiter oder Dienstbote zahlt eine Hospitalsteuer, die ihn zu unentbehrlicher Versorgung im Spital berechtigt, dennoch findet er jetzt oft keinen Platz.

* Unterschlagungen. Am 7. März fand in Petersburg die Generalversammlung der Petersburger gegenseitigen Creditgesellschaft statt, in welcher endlich über die Ermittlung der großerartigen Malversationen, welcher sich bei diesem, für den Petersburger lokalen Handel höchst wichtigen Institute einige der hauptsächlichen Beamte zu Schulden haben kommen lassen, Bericht erstattet werden sollte. In Summa betragen die jetzt festgestellten Verluste 1,944,219 Rubel; die vorhandenen Deckungen abgerechnet, bleibt ein Verlust von 1,642,314 Rubel bestehen. In der Generalversammlung am 7. März waren 212 Bevölkerung erschienen. Der Präsident, Herr Issatow, war „durch Krankheit“ verhindert und von der Verwaltung fand sich Niemand bereit, den Vorsitz zu übernehmen. Die Versammlung wählte dann einen Vorsitzenden und es wurde schließlich nach langen Debatten eine Zentral-Kommission gewählt, welche über die zu ergreifenden Maßregeln zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Gesellschaft, über die Revision der Bücher, der Effeten u. c. einer am 29. März von Neuem zusammentretenden Generalversammlung Bericht erstattet soll.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Salinas' Börse napierre. II. Theil: "Staats- und Lotterie-Anleihen" in 5. Auflage, bearbeitet von W. L. Hertzlet, Verlag der Hause- und Spener'schen Buchhandlung (F. Weidling) in Berlin; Preis 6 Mark, ist soeben in dem bekannten schwarzen Einband erschienen, nur daß diesmal sehr praktisch die Bezeichnung des Inhalts mit Golddruck auf dem Rücken des Buches angegeben ist. Obwohl viel Neues hinzugekommen und nur wenig aus der 4. Auflage weggelassen ist (s. B. Frankreich) ist diese fünfte Auflage doch nicht stärker geworden. Mit neuen Anleihen erscheinen: Deutschland, Preußen, Baden, Bayern, Bremen, Sachsen, Amerika, Norwegen, Österreich, Ungarn, Russland und Schweden, die Städte Berlin, Köln und Elberfeld; mit neuen Pfandbriefen: die Zentrallandschaft, die Westphälische Landschaft, das Ungarische Bodencredit-Institut, die Schwedische Reichsbank; auch die Anleihe des Herrn Krupp finden wir aufgeführt. Besonders zu erwähnen ist noch, daß die Artikel „Wechsel, Gold, Silber, Banknoten und Papiergeld“ viel gründlicher und erhabender behandelt sind, als in den früheren Auslagen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Breslau.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 12. März. Der Reichstag erledigte die zweite Lesung mehrerer an die Budgetkommission verwiesenen Theile des Etats, darunter auch des Marineetats, genehmigte letzteren nach den Anträgen der Kommission, welche die Streichung einer Reihe Ausgaben fordern und die Verkürzung der aus der Marineanleihe in den Etat gestellten Einnahme beantragt hatte. Im Laufe der Debatte nahm der Admiraltätschef von Stosch wiederholt das Wort, um auf die durch unausgesetzte Uebung erzielte tüchtige Ausbildung hinzuweisen, der Ansicht, daß durch starke Indienststellung das Flottensmaterial zu sehr angegriffen werde, entgegenzutreten und die für den Bau neuer Kriegsschiffe verlangten Posten zu rechtfertigen, wobei er auf die Erfahrungen des letzten Krieges hinnies, welche die Notwendigkeit nahe legten, die Panzerschiffe gegenüber den Torpedos widerstandsfähiger zu machen. Das Haus erledigte dann eine Reihe von Wahlprüfungen.

Wien, 12. März. Die vereinigten Subkommissionen der ungarischen Delegirten nahmen in der heutigen Berathung einstimmig den Antrag Fall, betreffend die Bewilligung des Schätz-Millionen-Kredits an.

Rom, 12. März. "Agenzia Stefani" hält gegenüber dem Dementi des "Osservatore Romano" die Meldung vom 8. d. bezüglich des Rundschreibens des Kardinal Franchi an die päpstlichen Nuntien und daß der König den Papst beglückwünschte, welcher sofort dankte, aufrecht. "Agenzia Stefani" fügt hinzu, der mit der Begegnung betraute Prälat war der Erzbischof von Turin. Die Dementis seien nicht vom Vatikan, sondern durch die unverbündliche Partei ausgegangen, welche sich von jeder dem Papste zugeschriebenen Mäßigungsidee beunruhigt zeigt. Zur Ministerkrise verlautet, die Wahl der Minister des Außen- und des Krieges verursache die meisten Schwierigkeiten, voraussichtlich aber werde das neue Kabinett in kurzer Zeit gebildet sein.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Alles neu Auftauchende mit einem gewissen Misstrauen betrachtet wird; aber auch selbst lang in der Wissenschaft bekannte und angewandte Mittel unterliegen diesem Schicksal, sobald sie in allgemeinen Kreisen bekannt werden sollen. So erging es auch vor einigen Jahren dem Chloral, welches Jedermann mit einer gewissen Scheu ansah und heute – es ist eines der verbreitetsten Mittel geworden!

Bei Einführung der Guyot'schen Theerlapsel bei uns, obgleich Theer der Wissenschaft seit Langem dientbar ist (Siehe Prof. Lebert, Handbuch der präz. Medicin Bd. I. S. 1045 u. 1074, Prof. Seitz, Bearbeitung des Niemeyer Bd. I. S. 85, Professor Waldenburg und Dr. Simon, Handbuch der Arzneiverordnungslehre S. 555) – konnte man die gleiche Beobachtung machen, und haben sich manche Befürchtungen über deren Gebrauch geltend gemacht.

In Frankreich, Belgien und Holland, wo dieselben seit langer Zeit eingeführt sind, sind sie in Jedermann's Hand; bei geeignetem Gebrauch war der Erfolg stets zufriedenstellend, und nie hatte jemand Anlaß zu klagen.

Es dürfte daher interessant sein, eine fremde Autorität zu hören, aus einem Lande, woselbst die Theerlapsel populär sind. Herr Bouchardat, Professor der Hygiene an der Medicinischen Facultät in Paris, früher Präsident der Medicinischen Academie und einer der competentesten der franz. Ärzte schreibt uns:

"Sie fragen mich, ob ich es für unklug halte, Theerlapsel aus Norwegischem Theer in den Händen des Kranken zu lassen, sowie ob deren Anwendung, ohne Verordnung und Beaufsichtigung von ärztlicher Seite gefahrbringend zu erscheinen sei!"

"Ich habe die Guyot'schen Theerlapsel häufig erfolgreich angewendet und kann daher behaupten, daß ich sie, obgleich entzündliche Eigenschaften besitzend, dennoch für eines der unschädlichsten Medikamente halte.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht

zu Posen,
Erste Abtheilung,
den 11. März 1878,
Vormittags 10 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Leo Kareski in Firma: Leo Kareski zu Posen ist der Kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den

17. Septbr. 1877

festgesetzt worden.
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Königl. Auktions-Kommissarius Ludwig Manheimer hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 26. März cr.,

Vormittags 11 Uhr,
vor dem Kommissar des Konkurses im neuen Gerichtsgebäude Nr. 25 anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters event. eines einstweiligen Verwaltungsrath abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Ge- wahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolven oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

7. April cr. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Dienstigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

15. April cr. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen sowie nach Beenden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 27. April cr.,

Vormittags 10 Uhr,
vor dem Kommissar des Konkurses im neuen Gerichtsgebäude Nr. 25 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unferem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderungen einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Dienstigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte: Mehring, v. Jochheim & Klemme zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Nachdem in dem Konkurse über das Vermögen der offenen Handels-Gesellschaft Voga u. Bielinštz zu Posen, die Gemeinschuldner die Schließung eines Akkords beantragt haben, so ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Konkursgläubiger, deren Forderungen in Unsehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin

auf den 19. März cr.

Vormittags 10½ Uhr
vor dem unterzeichneten Kommissar im Konkurs-Bureau Nr. XI. anberaumt werden. Die Beteiligten, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder befritten haben, werden hiervon in Kenntniß gesetzt.

Posen, den 9. März 1878.

Königliches Kreis-Gericht.

Handelsregister.

In unser Handels-Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 588 zufolge Verfügung vom 1. März 1878 heute eingetragen, daß der Kaufmann Louis Ehrlich zu Posen für seine Ehe mit der unverehelichten Bertha Gensler von hier durch Vertrag vom 11. Februar 1878 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Posen, den 2. März 1878.

Königliches Kreisgericht.

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung

der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist durch Verfügung vom 28. Februar 1878 eingetragen worden:

Nr. 47. Der Kaufmann Magnus Warschauer von hier hat für seine Ehe mit Bertha geb. Bippert durch Vertrag d. d. Gnesen, den 3. Januar 1878 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen und soll das eingebrachte Vermögen der Ehefrau die Natur des vorbehalteten haben.

Gnesen, den 28. Februar 1878.
Königliches Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.**Bekanntmachung.**

Der Kaufmann Eugen Stern hier selbst ist zum definitiven Verwalter der Robert Nawratitschen Konkursmasse ernannt.

Gnesen, den 2. März 1878.
Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.**Bekanntmachung.**

In unser Firmenregister ist unter Nr. 760 die Firma:

G. Friedewald

mit dem Sitz in Bromberg und als deren Inhaber der Kaufmann Johann Gottlieb Friedewald hier selbst zufolge Verfügung vom 8. März 1878 am 9. März 1878 eingetragen worden.

Bromberg, den 8. März 1878.
Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.**Bekanntmachung.**

Die erste Lehrerstelle an der hiesigen evangelischen Schule, mit welcher einbares Gehalt von 948 Mark aus der Schulfeste, ein Zufluss von 42 Mark und 30 Mark Feuerungs-Entschädigung aus Staatsfonds, sowie die Benutzung von 50 Ar Acker und 25 Ar Wiese, neben freier Wohnung verbunden ist, wird zum 1. Juni cr. erledigt. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht.

Schwerenz, den 11. März 1878.

Der evangelische Schulvorstand.

Oberschlesische Eisenbahn.

Die Ausführung der Maurerarbeiten zur Fertigstellung des definitiven Empfangs-Gebäudes auf Centralbahnhof Posen ist im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden.

Termin zur Entgegennahme versiegt, mit der Aufschrift Submission auf Maurerarbeit zum definitiven Empfangsgebäude Posen" versehener Offeren ist auf

Montag,

den 25. März cr.,

Vormittags 12 Uhr,

im Bureau der Unterzeichneten, Zimmer Nr. 19, im Eisenbahn-Kommissariats-Dienstgebäude, Louisenstr. Nr. 8, hier selbst anberaumt.

Die bezüglichen allgemeinen und speziellen Bedingungen, sowie die Zeichnungen und Massenberechnungen liegen ebendaherst während der Geschäftsstunden zur Einsicht aus.

Zur Aufstellung der Offerten sind Submissions-Formulare vorgezeichnet, welche gegen Erstattung der Capitalen in Empfang genommen werden können

Posen, den 11. März 1878.

Die Bau-Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die in hiesiger evangelischen Kirche auszuführenden Reparaturen, und zwar:

a. die Maurerarbeiten incl. Material auf 394 M. 50 Pf.

b. die Malerarbeiten desgleichen auf 1433 . 75 .

zusammen auf 1828 M. 25 Pf. veranschlagt, sollen im Wege der Submission an einen Unternehmer vergeben werden. Zu diesem Behufe ist ein Termin auf

Sonnabend,

den 23. März cr.,

Nachmittags 3 Uhr,

in der Wohnung des Kirchenältesten Herrn Stroech zu Mur. Goslin anberaumt. Unternehmungslustige wollen ihre Offerte bei Herrn Stroech versiegeln rechtzeitig einreichen.

Kosten-Anschlag sowie Bedingungen können bei Herrn Stroech eingesehen werden. Abdrücke werden auf Verlangen gefertigt und gegen Kopialien zugestellt.

Mur. Goslin, den 6. März 1878.

Die Bau-Kommision.

Bekanntmachung.

Zu dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns C. E. Wi- chura zu Ostrowo sind nachträglich noch folgende Forderungen angemeldet worden:

- 1) Kaufmann Adolph Wittig in Jena 25 Mark 25 Pf.
- 2) Handlung Lindau & Klemm in Stettin 119 . 25 ,
- 3) die verw. Frau Oberförster Emma Heinrich in Quedlinburg 600 Mark nebst 6 p.C. Zinsen seit dem 1. Januar 1876,
- 4) der Kaufmann A. F. C. Kallmeyer in Breslau 122 Mark 65 Pf.
- 5) die Handlung Wilhelm Schoepf in Rawitsch, 264 56 ,
- 6) die Handlung W. Traube & Sohn in Breslau 36 . 25 ,
- 7) die Handlung Überbeck & Sohn in Dortmund 144 25 ,
- 8) die Handlung Bade & Burger in Bremen 79 . 50 ,
- 9) die Handlung Gebr. Stollwerk in Köln 85 18 ,

Zur Prüfung dieser Forderungen ist ein Termin vor dem unterzeichneten Konkurs-Kommissar auf

den 11. April 1878, Vormittags 10 Uhr, im Terminkabinett Nr. 1 auf Kosten der oben genannten Gläubiger anberaumt worden, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen bereits ange meldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Ostrowo, den 9. März 1878.

Königliches Kreisgericht, Erste Abtheilung.

Der Kommissar des Konkurses.

Oberschlesische Eisenbahn.

Die Einlösung der am 1. April 1878 fälligen, sowie der früher fällig gewesenen, aber noch nicht verfallenen Zinscoupons zu den Prioritätsobligationen Littr. E. und F. der Oberschlesischen und

I., II. und III. Emision der Stargard-Posener Eisenbahn findet statt in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

1. vom 20. März d. J. ab täglich in Breslau bei unserer Couponfassie,

2. vom 1. bis 30. April d. J.

a. in Stettin bei dem Bankhaus Wm. Schlutow,

b. in Berlin bei der Kass der Disconto-Gesellschaft,

c. in Gr. Glogau bei der Kommandite des Schlesischen Bankvereins.

d. in Dresden bei der Filiale der Leipziger Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,

e. in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,

f. in Magdeburg bei dem Magdeburger Bankverein, Klinicke, Schwaneburg u. Comp.,

g. in Hannover bei der Hannoverschen Bank,

h. in Hamburg bei der Norddeutschen Bank,

i. in Köln a. Rh. bei dem A. Schaffhausen'schen Bankverein

k. in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus M. A. von Rothschild u. Söhne,

l. in Darmstadt bei der Bank für Handel und Industrie und

m. in Stuttgart bei den Herren Pfleider u. Comp.

Die Zinscoupons sind mit einem vom Präsidenten oder Besitzer unter schriebenen, nach Kategorien der Obligationen geordneten, die Stückzahl und den Geldbetrag angebenden Verzeichnisse zu vertheilen.

Schriftwechsel und Geldsendungen finden nicht statt.

Bei denselben Zahlstellen erfolgt zu gleicher Zeit gegen Rückgabe des vorjährigen Dividendenzinses die Zahlung der am 1. April d. J. fälligen fünf Prozentigen Rente pro 1877 für die noch im Umlauf befindlichen Stamm- Prioritäts-Aktien der Wilhelmsbahn.

Breslau, den 8. März 1878.

Königliche Direktion.**Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft.****Grundkapital drei Millionen Mark.**

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß dem Herrn Eduard Gorski, Dominialsekretär in Grätz, die Agentur der obigen Gesellschaft für Grätz und Umgegend übertragen worden ist.

Posen, den 10. März 1878.

Die General-Agentur.**G. Fritsch & Co.**

Die obige Gesellschaft übernimmt Versicherungen von Gebäuden, Mobilien, Waaren, Erntefrüchten, Vieh, Fabriken u. in Städten und auf dem Lande gegen Feuergefahr, Blitzschlag und Explosionen zu billigen und festen Prämien ohne jede Nachschuß-Verbindlichkeit.

Zur Vermittelung von Versicherungsangeboten, sowie zur Erteilung näherer Auskunft empfiehlt sich die Agentur in Grätz

Eduard Gorski, Dominial-Sekretär.

Königliche Direktion.

Kalkwerk Vally-Hedwigs-Öfen Reiss

OPPELN & GOGOLIN.

Das Kalkwerk Vally-Hedwigs-Öfen zu Gogolin

empfiehlt behufs Vermeidung kostspieliger Reisespesen auf

diesem Wege sein.

Lanerkannt bestes Material für Bauzwecke, sowie als vorzügliches Düngungsmittel

in verschiedenen Sorten unter Gehalts-Garantie u. den solidesten Preisen.

Oppeln, im Februar 1878.

Vally-Hedwigs-Öfen.

Reiss.

Eine Sendung sein decor.

Wasch-Service

ist wieder eingetroffen und empfiehlt solche zu den bereits bekannten sehr billigen Preisen.

Mur. Goslin, den 6. März 1878.

Die Bau-Kommision.

Zur Frühjahrssaat empfehlen wir

unter Gehaltsgarantie unserer bewährten Düngerpräparate: Knochenmehl und Superphosphate aller Art. Echten Leopoldshaller Kainit, Kali-Salze, Chl.-Salpeter und alle sonst gangbaren Düngemittel. Proben und Preis-Courante auf Erfordern franco.

Jerzyce bei Posen.

Chemische Dünger-Fabrik.
Moritz Milch & Co.**Bur Empfehlung**
für die Herren Spiritus-Brennereibesitzer

Der von mir seit ca. 10 Jahren neu konstruierte kontinuirliche weitheilige Colonnen-Apparat, hat sich trotz aller Nachahmung als der anerkannt zweitmächtigste, billigste und dauerhafteste bewiesen und empfehle ich mich den Herren Brennerei-Besitzern zur Anwendung solcher Apparate unter Versicherung billiger Preise bei mehrjähriger Garantie bestens.

Fr. Aug. Römer in Göthen (Anhalt)

(Kupfer- und Messingwaaren-Fabrik).

Die Fabrik
<b

Eine Gutspacht

on 600—1000 Morgen wird gesucht.
Offeren sub A. B. 8, an die Expe-
dition der Posener Zeitung erbeten.

Einen 1½-jährigen Stamm-

ochsen — Holländer und Angler
Kreuzung verkauft das Dominium
Napachanie bei Nolitnica.

20 Milchkühe

sucht zu kaufen

Dom. Lischkowo,

Bhf. Güldenhof.

100 starke Hammes

zur Mast werden zu kaufen
gesucht und Offeren mit An-
gabe des Durchschnittsgewichts
und Preises sind einzusenden
an das Dom. Geyersdorf
bei Fraustadt.

Drei junge Holländer Kreu-
zungskühe nebst Kälbern sowie
einen einjährigen

Hollander Bullen
hat zu verkaufen Rittergut Przy-
broda b. Klejzo.

Empfiehlt für Frühjahrs-Pflanzung
10,000 Obstbäume höchst (Alleebäume)
als: Apfel, Birnen, Sau- u. Sauer-
Kirschen, Pfirsiche, Apricots, Pflaumen,
Mandel, Nüsse etc. 10,000 Zweige,
Obstbäume, derselben Sortungen als:
Späler, Pyramide, Gordon u. Be-
renholz, Sparax, Pfirsiche, Rosen,
Bäume und Sträucher zu Gartenan-
lagen. Catalog franz.

Denizot, Baumzüchter, Besitzer
in Gurezyn b. Posen.

Kunst- u. Handelsgärtner u. Saamen-
handlung von

Albert Krause,

Posen, Fischerei Nr. 7,
empfiehlt beim herannahenden Frühjahr
alle zur Bestellung der Gärten und
Vanderen nötige Saamen u. Pflan-
zen, erlaubt sich auch das Blumen-
geschäft, sowie die Bouquet-Binderet in
Erinnerung zu bringen. Preis-Ver-
zeichniss pro 1878 sende auf gefälliges
Anverlangen franco u. gratis.

Albert Krause,

Kunst- u. Handelsgärtner.

Pferdemarkt
auf dem Kasernenhofe
in Inowrazlaw
am 16. und 17. April a. o.
verbunden mit

Verloosung
von Pferden, die auf dem Markt an-
gekauft werden.

Diejenigen Pferdebesitzer, die ihre
Pferde in den Ställen unterzubringen
wünschen, haben bis Anmeldungen bis
spätestens zum 9. April a. o. schriftlich
an den Gutsbesitzer Rath in Jazewo
einzusenden. Später Anmeldungen
können nur nach Maßgabe des vor-
handenen Platzes Berücksichtigung finden.
Preise der Pferdestände:

1) in den Käfernständen pro Pferd
für die Dauer des Marktes M. 3
2) für einen besonderen Kaufen M. 6.

3) für Pferde auf freiem Gehöft
pro Pferd und Tag 50 Pf.

Die betr. Pferde können bereits am
15. April in den Ställen untergebracht
werden und bis zum 18. April dort
verbleiben. Jeder Marktfürscher hat
50 Pf. Eintrittsgeld zu zahlen; Pferde-
wärter erhalten Freibillets.

Das Comité.
L. v. Grabski, Hinsch-Lachmi-
rowitz, Graf zu Solms, Land-
rath. v. Schon, Oberstleutnant.
Kraszewski-Tartlowo. Rath-
Jazewo.

Beste Schlesische
Rapskuchen
offerirt in frischer Waare zu er-
mäßigt Preisen

die Delikatstherie
Adolph Asch,

Markt 82.

Die Cegielki'sche Ma-
schinen-Fabrik zu Posen
empfiehlt den Herren Tors-
produzenten ihre
eiserne

irlandische Torspresse
zum Lokomobil-Betrieb.
Diese neue Maschine besitzt
bedeutende Leistungsfähigkeit
und ist dabei einfach, leicht
und wohlfeil.

Oberschl. Steinohlen I. Qualität
per Tonne 3 M. W. Thesmal,
Dominikanerstr. 6.

Tafel-Service.

In Folge außergewöhnlich günstiger Einkäufe offerire:

Tafel-Service

auf 12 Pers. (72 Stück) in einfacher Decor. von M. 50 ab,

12 . (72 .) Blumen-Decor. von M. 72 ab,

12 . (72 .) in reichem Decor. u. Gold von M. 90 ab.

Unkomplette und zurückgesetzte Service unterm Kostenpreis. Tafelserice reich mit Gold

L. Jac. Mendelsohn.

Ein Handwagen

steht zum Verkauf bei

Adolph Moral.

Alle Sorten Fourniere und Abfall-
holz, auffallend billig, liegen zum
Verkauf bei

S. Abraham.

Markt-Str. Nr. 1 hinter der Brod-
halle, Kämmererplatz.

100 starke Hammes

zur Mast werden zu kaufen
gesucht und Offeren mit An-
gabe des Durchschnittsgewichts
und Preises sind einzusenden

an das Dom. Geyersdorf
bei Fraustadt.

Drei junge Holländer Kreu-
zungskühe nebst Kälbern sowie
einen einjährigen

Hollander Bullen
hat zu verkaufen Rittergut Przy-
broda b. Klejzo.

Empfiehlt für Frühjahrs-Pflanzung
10,000 Obstbäume höchst (Alleebäume)

als: Apfel, Birnen, Sau- u. Sauer-
Kirschen, Pfirsiche, Apricots, Pflaumen,
Mandel, Nüsse etc. 10,000 Zweige,

Obstbäume, derselben Sortungen als:
Späler, Pyramide, Gordon u. Be-
renholz, Sparax, Pfirsiche, Rosen,
Bäume und Sträucher zu Gartenan-
lagen. Catalog franz.

Denizot, Baumzüchter, Besitzer
in Gurezyn b. Posen.

Kunst- u. Handelsgärtner u. Saamen-
handlung von

Albert Krause,

Posen, Fischerei Nr. 7,
empfiehlt beim herannahenden Frühjahr
alle zur Bestellung der Gärten und
Vanderen nötige Saamen u. Pflan-
zen, erlaubt sich auch das Blumen-
geschäft, sowie die Bouquet-Binderet in
Erinnerung zu bringen. Preis-Ver-
zeichniss pro 1878 sende auf gefälliges
Anverlangen franco u. gratis.

Albert Krause,

Kunst- u. Handelsgärtner.

Pferdemarkt
auf dem Kasernenhofe
in Inowrazlaw
am 16. und 17. April a. o.
verbunden mit

Verloosung
von Pferden, die auf dem Markt an-
gekauft werden.

Diejenigen Pferdebesitzer, die ihre
Pferde in den Ställen unterzubringen
wünschen, haben bis Anmeldungen bis
spätestens zum 9. April a. o. schriftlich
an den Gutsbesitzer Rath in Jazewo
einzusenden. Später Anmeldungen
können nur nach Maßgabe des vor-
handenen Platzes Berücksichtigung finden.
Preise der Pferdestände:

1) in den Käfernständen pro Pferd
für die Dauer des Marktes M. 3

2) für einen besonderen Kaufen M. 6.

3) für Pferde auf freiem Gehöft
pro Pferd und Tag 50 Pf.

Die betr. Pferde können bereits am
15. April in den Ställen untergebracht
werden und bis zum 18. April dort
verbleiben. Jeder Marktfürscher hat
50 Pf. Eintrittsgeld zu zahlen; Pferde-
wärter erhalten Freibillets.

Das Comité.
L. v. Grabski, Hinsch-Lachmi-
rowitz, Graf zu Solms, Land-
rath. v. Schon, Oberstleutnant.
Kraszewski-Tartlowo. Rath-
Jazewo.

Beste Schlesische
Rapskuchen
offerirt in frischer Waare zu er-
mäßigt Preisen

die Delikatstherie
Adolph Asch,

Markt 82.

Die Cegielki'sche Ma-
schinen-Fabrik zu Posen
empfiehlt den Herren Tors-
produzenten ihre

eiserne
irlandische Torspresse
zum Lokomobil-Betrieb.
Diese neue Maschine besitzt
bedeutende Leistungsfähigkeit
und ist dabei einfach, leicht
und wohlfeil.

Oberschl. Steinohlen I. Qualität
per Tonne 3 M. W. Thesmal,
Dominikanerstr. 6.

Künstliche Zähne.

Um Irthümern zu begegnen welche ich
hiermit ergeben kann, daß ich meine
zahnärztliche Praxis noch in ihrem gan-
zen Umfang und nach neuester Methode
ausübe.

Carl Friedrich Mallachow,
prakt. Zahnarzt in Posen,
Friedrichsstr. 12, 1. Etg.

Geschlechtskrankheiten.

Syphilis, Hautkrankh., Flechten,
Schwäche sowie alle Unterleibs- u.
Frauenkrankh. heißt **brieflich** nach
langjähriger Erfahrung u. garantirt
auf den hartnäckigsten Fällen für
gründliche Heilung. Naturarzt A. Har-
nach, Berlin, Kommandantstr. 30

Borsichtspräparate.

new feine Sorten,
Safety-sponge,

Höhere Mädchenschule.

Der neue Curius beginnt Montag
den 29. April. Anmeldungen werden
täglich zwischen 12 und 1 Uhr ent-
gegenommen. Aufs. resp. Revac-
cinationschein sind mitzubringen.

Für auswärtige Schülerinnen wird
Pension nachgewiesen.

Th. Valentin. J. Glaubitz.

Freiwilligen-Examen-Vor-

bereitung.

Neue Curse beginnen 4.
April. Auch einzelne Pri-
vatstunden.

Posen. Friedrichsstr. 19.

Dr. Theile.

Rasirmesser

mit 4 Klingen für jeden
Barb passend, pro Stück

7 M. 50 Pf., deren vorgü-
liche Güte garantirt wird und

von allen bisherigen Käufern
mit Beifall anerkannt wurde,

empfiehlt im alleinigen Ver-
kauf für Posen u. Provinz

Louis Ohnstein,

Wilhelmsplatz 10.

Posz. Spezialist a D. 3 M. ab,

Port. Tassen a D. 4,50 M.,

do. Halbe do. a D. 3,00 M.,

Wasser-, Wein- und Liquef.-Gläser a

D. 1,20 M.

Blumenvasen und Liquef. Service auffallend
billig, sowie alle in dieses Fach
einfachende Artikel zu auffallend bil-
ligen Preisen empfiehlt die Porzellan-
und Glas-Handlung von

Markt 85. J. Gobn. Markt 85.

Gardinen, Stickereien,
Trimmings,

empfiehlt in allen Sorten und nur
guten Qualitäten zu sehr billigen
Preisen

Isidor Griess,

Krämerstr. 20.

Ein noch gut erhaltenes Billard
wird zu kaufen gesucht.

Wolff Holz,

Wasserstr. 30.

Diejenigen Pferdebesitzer, die ihre
Pferde in den Ställen unterzubringen
wünschen, haben bis Anmeldungen bis
spätestens zum 9. April a. o. schriftlich
an den Gutsbesitzer Rath in Jazewo
einzusenden. Später Anmeldungen
können nur nach Maßgabe des vor-
handenen Platzes Berücksichtigung finden.
Preise der Pferdestände:

1) in den Käfernständen pro Pferd
für die Dauer des Marktes M. 3

2) für einen besonderen Kaufen M. 6.

3) für Pferde auf freiem Gehöft
pro Pferd und Tag 50 Pf.

Die betr. Pferde können bereits am
15. April in den Ställen untergebracht
werden und bis zum 18. April dort
verbleiben. Jeder Marktfürscher hat
50 Pf. Eintrittsgeld zu zahlen; Pferde-
wärter erhalten Freibillets.

Das Comité.

L. v. Grabski, Hinsch-Lachmi-
rowitz, Graf zu Solms, Land-
rath. v. Schon, Oberstleutnant.
Kraszewski-Tartlowo. Rath-
Jazewo.

Beste Schlesische
Rapskuchen
offerirt in frischer Waare zu er-
mäßigt Preisen

die Delikatstherie
Adolph Asch,

Markt 82.

Die Cegielki'sche Ma-
schinen-Fabrik zu Posen
empfiehlt den Herren Tors-
produzenten ihre

eiserne
irlandische Torspresse
zum Lokomobil-Betrieb.
Diese neue Maschine besitzt
bedeutende Leistungsfähigkeit
und ist dabei einfach, leicht
und wohlfeil.

Oberschl. Steinohlen I. Qualität<br